

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Helmut Hubel

Die Mächte im Nahen Osten und
der zweite Golfkrieg

Volker Perthes

Abhängigkeiten und Entwicklungschancen
der arabischen Welt

Namo Aziz

Die Kurden

Ein Volk auf der Suche nach seiner Identität

Cristina Erck

Ursprung und Entwicklung des Islam

B 30-31/91
19. Juli 1991

Helmut Hubel, Dr. phil., geb. 1951; seit 1980 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V., Bonn; seit 1990 auch Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Die sowjetische Nah- und Mittelost-Politik, Bonn 1982; Die USA im Nahost-Konflikt, Bonn 1983; Frankreichs Rolle im Nahen Osten, Bonn 1985; (Hrsg.) Nordafrika in der internationalen Politik, München 1988; Der zweite Golfkrieg in der internationalen Politik, Bonn 1991; zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften.

Volker Perthes, Dr. sc. pol., geb. 1958; Studium der Sozialwissenschaften in Duisburg; mehrjähriger Forschungsaufenthalt in Syrien; z. Z. Lehrbeauftragter an der Universität – Gesamthochschule – Duisburg.

Veröffentlichungen u. a.: Staat und Gesellschaft in Syrien, 1970–1989, Hamburg 1990; Die Fiktion der Einheit: Koalitionen und Konflikte im arabischen Raum, in: Gert Krell/Bernd W. Kubbig (Hrsg.), Krieg und Frieden im Golf. Ursachen und Perspektiven, Frankfurt/M. 1991.

Namo Aziz, Dr. phil., geb. 1956; Kurde aus dem Irak; seit zehn Jahren in der Bundesrepublik; vorher Tätigkeit als Journalist und Schriftsteller in Bagdad; Promotion im Bereich Islamwissenschaften/Orientalistik in Bonn.

Veröffentlichungen zu Fragen der internationalen Politik in deutschen und internationalen Medien.

Cristina Erck, geb. 1943; Auslandsaufenthalte in Südamerika und im arabischen Raum; freie Journalistin mit Arbeitsgebieten Nah- und Mittelost sowie Lateinamerika.

Veröffentlichungen u. a.: Das islamische Kairo, Göttingen 1990; zahlreiche Artikel und Rundfunkbeiträge zu Problemen der arabischen und lateinamerikanischen Welt.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Mächte im Nahen Osten und der zweite Golfkrieg

I. Entwicklungen nach dem Ende des irakisch-iranischen Kriegs

Als im August 1988 die Führung Irans den Weg zu einem Waffenstillstand freigegeben hatte, schien der Nahe Osten nach acht Jahren Golf-Konflikt zu einer gewissen Ruhe zu kommen. Zwar schuf der Aufstand der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten seit Dezember 1987 neue Probleme für den jüdischen Staat; die Intifada beschränkte sich jedoch weitgehend auf das von Israel kontrollierte Territorium: Sie erfaßte nicht die benachbarten arabischen Staaten und hatte keine entscheidenden weltpolitischen Auswirkungen. Angesichts des revolutionären Umbruchs in den Ländern Mittelost-Europas schien dann der Orient aus der internationalen Politik weitgehend ausgeblendet. Es war jedoch, wie sich bald erweisen sollte, die Ruhe vor dem Sturm.

Bereits im März 1988, in der letzten Phase des irakisch-iranischen Kriegs, hatten die massiven Raketenangriffe des Irak gegen Bevölkerungszentren Irans gezeigt, daß der irakische Diktator nun über die Fähigkeit verfügte, die ursprüngliche Reichweite der von der Sowjetunion gelieferten Raketen des Typs Scud-B von 280 auf knapp 600 Kilometer zu vergrößern. Damit waren nicht nur Teheran und Riad, sondern auch Tel Aviv in die Reichweite irakischer Raketen gerückt.

Seit Herbst 1989 deutete sich an, daß die Rüstungsanstrengungen Saddam Husseins die bisherige militärische Überlegenheit Israels zumindest in einigen kritischen Bereichen gefährdeten. Dies betraf nicht nur das große konventionelle Potential des Irak, etwa bei Panzern und Kampfflugzeugen. Gefährlich waren vor allem die Raketen und die chemische Rüstung Bagdads, mit denen erstmals ein arabischer Führer über die Option verfügte, die Bevölkerung Israels massiv zu bedrohen. Der Einsatz von Giftgas an der iranischen Front und gegen Kurden des eigenen Landes hatte bereits

gezeigt, daß Saddam Hussein vor einem Bruch der Genfer Konvention von 1925 nicht zurückschreckte.

Wohl nicht zuletzt durch Zutun israelischer Behörden wurden in den folgenden Monaten immer mehr Details der irakischen Rüstungsanstrengungen bekannt. Spektakuläre Ereignisse – wie die Ermordung des kanadischen Kanonenbauers Gerald Bull (der in Diensten Saddam Husseins stand), die Beschlagnahme von Röhren zum Bau einer „Superkanone“ und von Zündern für einen nuklearen Sprengsatz (sogenannten Krytons) – lenkten die internationale Aufmerksamkeit auf das Problem. Der irakische Diktator wiederum sah sich von einer „internationalen Verschwörung“ bedroht und unternahm dagegen spektakuläre Schritte. So ließ er den Journalisten Bazoft, der für den britischen Geheimdienst irakische Waffenlager zu erkunden gesucht hatte, hinrichten. Anschließend warnte er am 1. April 1990 Israel davor, erneut einen Präventivschlag – wie im Juni 1981 gegen das irakische Kernkraftwerk Tammuz I (Osirak) – zu unternehmen. Erstmals brüstete er sich öffentlich, daß er über binäre chemische Waffen verfüge, mit denen er „halb Israel verbrennen“ könnte.

Auch in den innerarabischen Beziehungen zeichnete sich eine wachsende Polarisierung ab. So wurde spätestens seit dem Treffen des Arabischen Kooperationsrats (ACC) im Februar 1990 deutlich, daß sich die Führungen Jordaniens, Jemens und der PLO stärker nach Bagdad auszurichten begannen. Zwar versuchte insbesondere die Führung Ägyptens, auf Saddam Hussein mäßigend einzuwirken; doch war das zu einem Zeitpunkt, da der irakische Führer auch die Vereinigten Staaten herauszufordern begann, aussichtslos.

Das Verhalten Saddam Husseins war als Ausdruck einer gefährlichen Kombination von innerer Schwäche und militärischer Stärke zu verstehen. Der Ausgang des Kriegs gegen Iran hatte dem Irak trotz aller Propaganda keinen klaren Sieg beschert. Das Bagdader Regime war mit annähernd 80 Milliarden US-Dollar im Ausland verschuldet.

Dieser Beitrag stützt sich in wichtigen Teilen auf meine Studie: Der zweite Golfkrieg in der internationalen Politik, Bonn 1991. Außerdem wurden Erfahrungen bei einer internationalen Konferenz des jüdisch-arabischen Zentrums der Universität Haifa/Israel Ende Mai 1991 eingearbeitet.

Der niedrige Ölpreis und das Förderverhalten anderer OPEC-Staaten, nicht zuletzt Kuwaits und der Vereinigten Arabischen Emirate, ließen keine rasche Einkommenssteigerung erwarten. Die irakische Bevölkerung, die im Krieg gegen Iran einen fürchterlichen Blutzoll geleistet hatte, und die Klientel des Baath-Regimes sahen statt der versprochenen Früchte des Siegs nur wachsenden Mangel und Probleme. So lag es nahe, daß Saddam Hussein versuchen würde, durch Steigerung der äußeren Spannungen von der inneren Krise abzulenken.

Aus der revolutionären Veränderung in Europa und im Verhalten der nuklearen Supermächte zog Saddam Hussein bereits im Februar 1990 den Schluß, daß die Sowjetunion nicht mehr der „Hauptstreiter für die Araber“ sei. Das bedeutete jedoch auch, daß die Führung in Moskau noch weniger als früher in der Lage sein würde, auf den Irak in irgendeiner Form dämpfend einzuwirken. Der irakische Führer ging jedoch noch weiter und schickte sich an, das Ende der Supermächte-Rivalität für sich am Golf auszunutzen. Seine Forderung an die Amerikaner, alle ihre Schiffe abzuziehen, bedeutete nichts anderes, als daß er selbst jetzt eine dominierende Rolle zu spielen wünschte. Gegenüber Israel verschärfte er die Spannungen vor allem mit dem Ziel, die arabischen Führer und „Massen“ hinter sich zu scharen.

Die amerikanische Regierung verfolgte die irakisch-israelischen Spannungen und die Gewichtverschiebungen unter den arabischen Staaten mit Aufmerksamkeit. Die Politik der Regierung Bush sah vor, auf das irakische Regime mittels Kooperation dämpfend einzuwirken. Anders als vom Kongreß gefordert, hatte die Regierung in Washington den Einsatz von Giftgas gegen die Kurden im Jahr 1988 nicht mit harten Sanktionen beantwortet. Dieser kooperative Ansatz scheiterte jedoch gegenüber einem Diktator, der meinte, mit Hilfe eines „Befreiungsschlags“ einen Großteil seiner Probleme lösen zu können.

Das denkwürdige Gespräch Saddams Husseins mit der amerikanischen Botschafterin April Glaspie am 25. Juli 1990, knapp eine Woche vor seiner Aggression, verschaffte ihm in einem zentralen Punkt Klarheit: Es gab keine amerikanische Schutzgarantie für Kuwait. Der irakische Führer hatte sich niemals längere Zeit im Westen aufgehalten. Er stützte sein Urteil über die USA auf die Erfahrungen der achtziger Jahre, in denen zwei amerikanische Präsidenten durch die Geiselnkrisen in Iran und Libanon verunsichert worden waren und stets gezögert hatten, sich im Nahen Osten militärisch massiv zu engagieren. Er rechnete offensichtlich nicht damit, daß ihm die USA nach seiner geplanten Einverleibung Kuwaits entschlossen entgegengetreten würden.

II. Die militärische und politische Bedeutung des Kriegs um Kuwait

Der Konflikt, der am 2. August 1990 begann und am 28. Februar 1991 mit der Waffenruhe endete, verlief in fünf Phasen. Die irakische Eroberung Kuwaits beantwortete der amerikanische Präsident binnen fünf Tagen mit der Entsendung von zunächst mehr als 200 000 Soldaten. Dieser defensive Aufmarsch vor allem zum Schutz Saudi-Arabiens ging Anfang November 1990 in eine offensive Anordnung über, als Präsident Bush mehr als eine Verdoppelung des Aufgebots verfügte. Nach Ablauf des vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gesetzten Ultimatums unternahmen die westlichen Mitglieder der internationalen Militärallianz mehr als fünf Wochen andauernde Luftangriffe gegen Befehlszentralen, militärische Einrichtungen und insbesondere Forschungs- und Produktionsanlagen für nichtkonventionelle Waffen. Schließlich bewirkte die alliierte Landoperation binnen 100 Stunden die Vertreibung der irakischen Truppen aus Kuwait.

Indem Präsident Bush nur kurz nach der irakischen Aggression beschloß, weit mehr als nur eine symbolische Abschreckungsmacht nach Saudi-Arabien zu entsenden, demonstrierte er seine Entschlossenheit, Saddams Husseins Vorgehen nicht hinzunehmen. Das massive Truppenaufgebot bewirkte innerhalb weniger Wochen eine glaubhafte militärische Abschreckung vor weiteren Übergriffen. Andererseits hatte dieser schnelle militärische Einsatz die politische Konsequenz, daß Bemühungen um eine diplomatische Beilegung der Krise kaum Erfolgchancen hatten. Wie Frankreichs Präsident Mitterands Äußerung von der „Logik des Krieges“ früh andeutete, ließ der massive alliierte Truppenaufmarsch Saddams Hussein nur den einen Ausweg, sich vollständig und bedingungslos zurückzuziehen.

Andererseits hätte selbst ein vollständiger irakischer Rückzug ein Problem nicht beseitigt, das für

Präsident Bush im Verlauf der Krise immer mehr zur zentralen Frage wurde: das irakische Militärpotential und insbesondere die Rüstungsanstrengungen im Bereich der ABC- und Raketenwaffen. Die amerikanische Sorge um die Ölzufuhr aus der energiereichsten Region der Erde war sicher ein wichtiges Motiv. Entscheidend war jedoch die machtpolitische Herausforderung des irakischen Führers, die Israel, die arabischen Golfstaaten, Iran, Ägypten und Syrien gleichermaßen betraf. Sie war letztlich der Schlüssel für den Zusammenhalt der internationalen Militärkoalition, an der auch einflussreiche arabische Staaten mitwirkten.

Der Kriegsplan, den die Führung der USA Ende Oktober 1990 im wesentlichen festgelegt hatte und dann in Abstimmung mit den Alliierten verwirklichte, war genau auf die amerikanischen Bedürfnisse zugeschnitten: Die Militäroperation sollte so

massiv und schnell wie nur möglich erfolgen, und sie sollte möglichst geringe eigene Opfer fordern. So perfekt der Plan auch ausgeführt wurde, so nahm er doch zwei schwerwiegende Folgen in Kauf: Die massiven Luftangriffe zerstörten auch die Elektrizitäts- und Wasserversorgung für die Bevölkerung in den wichtigen irakischen Städten. Die Zivilbevölkerung, die ausdrücklich nicht als Feind galt, hatte so zumindest indirekt schwere Opfer zu bringen. Zweitens ließ der Plan des amerikanischen Oberbefehlshabers Norman Schwarzkopf den irakischen Truppen in Kuwait fünf Wochen Zeit, um mit der Entzündung kuwaitischer Ölfelder und dem Einleiten von Öl ins Meer einen bislang nicht erlebten ökologischen Krieg zu führen. Die sehr geringen Opfer unter den alliierten Truppen wurden so mit einer Umweltkatastrophe erkauft, deren globale Folgen nicht abzuschätzen sind.

III. Die Rolle der Sowjetunion und die Auswirkungen auf die Beziehungen der Weltmächte

Vor 1987 wäre es nicht vorstellbar gewesen, daß sich die sowjetische Führung von ihrem langjährigen Alliierten in Bagdad so eindeutig distanzieren würde. Seit dem Freundschaftsvertrag von 1972 war der Irak zu einem der wichtigsten Partner der UdSSR in der Dritten Welt aufgestiegen. In finanzieller Hinsicht war er wahrscheinlich der wichtigste. So hatte die Sowjetunion allein in den Jahren 1982–1989 Waffen im Wert von 22 Milliarden US-Dollar nach Bagdad verkauft. Ein Großteil war in bar (in US-Dollar) oder durch irakische Öllieferungen bezahlt worden. Zu Beginn der Krise schuldete der Irak der Sowjetunion dafür auch noch etwa 8 bis 10 Milliarden US-Dollar¹⁾.

Ungeachtet dieser engen Beziehungen distanzierte sich der sowjetische Außenminister Eduard A. Schewardnadse eindeutig und nachhaltig von der irakischen Aggression. Bereits am 3. August veröffentlichte er zusammen mit seinem amerikanischen Amtskollegen James Baker eine Erklärung, in der beide Großmächte Bagdads Vorgehen kategorisch verurteilten. Die sowjetische Bereitschaft, im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mehrere Resolutionen und harte Sanktionen gegen den Irak zu verabschieden, war wohl der Schlüssel für die bisher einmalige internationale Zusammenarbeit.

¹⁾ Nach Aussagen des sowjetischen Orient-Experten Vladimir A. Isaev auf der erwähnten Konferenz in Haifa/Israel.

Aus Rücksicht auf die im Irak festgehaltenen Ausländer (darunter mehr als 8000 Sowjetbürger), aber auch aus innenpolitischen Erwägungen, suchte die sowjetische Führung die Krise ohne weiteren Einsatz von Gewalt zu lösen. Das „Afghanistan-Trauma“ in der sowjetischen Bevölkerung, die Rücksicht auf die mehr als 50 Millionen muslimischen Bewohner der südlichen Unionsrepubliken und die klare Haltung der Militärführung schlossen für Präsident Gorbatschow eine Beteiligung an militärischen Aktionen gegen den Irak aus. Außenminister Schewardnadse hatte vor seiner Zustimmung zur denkwürdigen UN-Resolution Nr. 678, die den Militäreinsatz autorisierte, eine entsprechende Andeutung gemacht. Ihm ging es jedoch vor allem darum, die Amerikaner und Briten in eine Operation der Vereinten Nationen einzubinden. Wie bereits 1987 (im Zusammenhang mit der Umflagung kuwaitischer Öltanker und ihrem militärischen Schutz) schlug Schewardnadse vor, das bisher nie beanspruchte militärische Stabskomitee der Vereinten Nationen mit der Verantwortung für die Militäraktion zu betrauen. Damit wäre die politische Verantwortung für das Unternehmen vom amerikanischen Präsidenten auf den Sicherheitsrat verlagert worden. Zu einem derartigen revolutionären Schritt waren indes weder die USA noch andere Mitglieder des Sicherheitsrats bereit.

Zwar stimmte die Sowjetunion der faktischen Ermächtigung der USA und ihrer Partner zum Militäreinsatz schließlich zu; das sowjetische Verhalten im weiteren Verlauf der Krise war jedoch nicht eindeutig. Parallel zur UN-Diplomatie des Außenministers unternahm der persönliche Beauftragte des Präsidenten und Nahost-Experte Jewgeni M. Primakow mehrere Reisen in den Irak, um in direkten Gesprächen mit Saddam Hussein nicht nur die bilateralen Fragen zu lösen, sondern auch die Krise friedlich beizulegen. So war es kein Zufall, daß sich Primakow öffentlich gegen die UN-Resolution Nr. 678 mit dem Argument aussprach, man dürfe den irakischen Führer nicht in die Enge drängen und müsse ihm einen Ausweg ohne Gesichtverlust ermöglichen.

Primakow vertrat die Interessen der sowjetischen „Arabien-Lobby“ – darunter nicht zuletzt auch der Militärs und des militärindustriellen Komplexes – und den Anspruch Moskaus, im Nahen Osten weiterhin eine maßgebende politische Rolle zu spielen. Hätten seine und Gorbatschows Vermittlungsbemühungen im Februar 1991 zum Erfolg geführt und die alliierte Landoperation abgewendet, hätte die sowjetische Führung wohl einen bedeutenden Prestigeerfolg errungen. So war es bemerkenswert, daß die Sowjetunion einerseits die Beschlüsse der internationalen Koalition mittrug, andererseits zwischen Bagdad und Washington zu vermitteln suchte. Bereits am 29. Januar konnte es die sowjetische Diplomatie unter dem neuen Außenminister Alexander Bessmertnych als Erfolg verbuchen, daß die USA erstmals seit 1977 der Sowjetunion wieder offiziell eine führende politische Rolle im Nahen Osten zugestanden. Als Gegenleistung widersetzte sich die sowjetische Führung schließlich nicht entscheidend dem militärischen Vorgehen der Allianz gegen Saddam Hussein. Nach Ende der Kämpfe waren Bessmertnych und Gorbatschow demonstrativ bemüht, die Irritationen auszuräumen, die in den Wochen zuvor bei der amerikanischen Regierung entstanden waren.

Nach der gemeinsamen Nahost-Erklärung von 1977 hatte die Sowjetunion ihre erhoffte Rolle nicht wahrzunehmen vermocht, denn der ägyptische Staatspräsident Anwar al-Sadat ermöglichte bald darauf mit seiner Reise nach Jerusalem den Frieden mit Israel unter alleiniger amerikanischer Mitwirkung. Erst nach dem Ende des kalten Krieges konnte Moskau erwarten, daß es angesichts der grundsätzlich verbesserten Beziehungen zu Washington bei den Bemühungen um eine „Nachkriegsordnung“ im Nahen Osten nicht wieder aus-

geschlossen würde. Tatsächlich zeigten die Nahost-Reisen Bakers und Bessmertnychs im April und Mai 1991, daß die nuklearen Supermächte nun auch im Nahen Osten eng zusammenarbeiteten.

Die bilaterale amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit und die enge Abstimmung der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, bewährte sich auch nach Einstellung der Kämpfe an der irakisch-kuwaitischen Front. Mit Rücksicht auf das Mandat der UN, aber auch aus anderen grundsätzlichen Erwägungen²⁾, verfügte der amerikanische Präsident am 28. Februar die Einstellung der Kämpfe. Die Alliierten stießen nicht bis Bagdad vor; sie unterließen es, Saddam Hussein zu stürzen.

Die Resolution Nr. 687 des UN-Sicherheitsrats vom 3. April sanktionierte dann ausdrücklich das alliierte Kriegsziel, den Irak „gewaltsam abzurüsten“. Als Bedingung für einen formellen Waffenstillstand verlangte das Gremium vom Irak nicht nur eine eindeutige Grenzregelung mit Kuwait, es erließ detaillierte Bestimmungen zur Zerstörung von nichtkonventionellen Waffen und von Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 Kilometern. Außerdem half der Sicherheitsrat mit seiner Resolution Nr. 688 vom 5. April, den Folgen der kurdischen Massenflucht zu begegnen.

Der Aufstand der Schiiten und Kurden des Irak war – nach den Opfern für die Zivilbevölkerung und der Umweltkatastrophe – die dritte nicht vorhergesehene Folge der alliierten Militäroperation gegen Saddam Hussein. Am menschlichen Elend der kurdischen Flüchtlinge wurden vor allem die Grenzen einer Realpolitik sichtbar, die zwar sorgfältig die innenpolitischen Bedingungen in den USA und die Interessen wichtiger Alliierten berücksichtigte, die Folgen des Vorgehens für den Irak aber ignorierte. So konnte nach der Schwächung des Terrorregimes von Saddam Hussein der Aufstand der bisher unterdrückten Bevölkerungsgruppen erwartet werden, zumal Präsident Bush die Hoffnung geäußert hatte, das „irakische Volk“ werde sich selbst des Diktators entledigen. Die Entscheidung der Alliierten, Saddam Hussein nicht an der blutigen Niederschlagung des Aufstands zu hindern, riskierte dann jedoch nichts anderes, als einen versuchten Völkermord zu dulden. Angesichts der internationalen Proteste sahen sich die amerikanischen und die westeuropäischen Regierungen veranlaßt, zum Schutz und zur Ver-

²⁾ Wichtig dürfte für Bush gewesen sein, sich nicht in längere Kämpfe im Irak verwickeln zu lassen, aber auch „den Arabern“ keine weitere Demütigung zuzumuten.

sorgung der kurdischen Flüchtlinge Truppen in die Türkei und in den Norden des Irak zu entsenden. Auch Deutschland beteiligte sich an dieser huma-

nitären Aktion mit Truppen, die mit Zustimmung der Regierung Irans nun sogar auf einem Territorium „außerhalb der NATO“ operierten.

IV. Der Krieg um Kuwait und die regionale Mächtekonstellation

So massiv die militärischen Operationen und durchschlagend ihre Folgen auch waren – der Krieg um Kuwait hat das politische Gefüge des Orient nur momentan erschüttert, jedoch keineswegs geändert. Aus regionaler Sicht war der Konflikt der Kulminationspunkt einer erheblichen Verschiebung von Allianzen und Rivalitäten. Der Krieg hat das „alte Spiel“ wechselnder Partnerschaften keineswegs beendet, sondern diese nur in eine neue Konstellation gebracht.

Seit dem Ende des irakisch-iranischen Kriegs zeichnete sich diese Umgruppierung bereits ab. Im neu gegründeten Arabischen Kooperationsrat (ACC) arbeiteten mit Ägypten, Jordanien, Jemen und dem Irak wichtige arabische Führungen zusammen, die sich nicht am Golf-Kooperationsrat (GCC) beteiligen und so allenfalls indirekt vom Ölreichtum seiner Mitglieder profitieren konnten. Syrien, das im Krieg Iran unterstützt hatte, drohte durch das neue regionale Bündnis noch weiter isoliert zu werden. Ägyptens Führung beobachtete den zunehmend konfrontativen Kurs des Irak mit Sorge, suchte aber auch weiterhin, Saddam Hussein zu mäßigen. Gleichzeitig deuteten die ägyptisch-syrischen Begegnungen auf hoher Ebene an, daß Damaskus mit Hilfe Kairo einen Ausbruch aus der Isolation anstrebte. Umgekehrt orientierten sich die Führungen Jordaniens, des vereinigten Jemen und der PLO stärker an Bagdad. Iran unter der Führung von Präsident Rafsanjani konzentrierte sich auf die inneren Probleme und bemühte sich zugleich um eine allmähliche Normalisierung seiner politischen Beziehungen zur Außenwelt. Israel, das während des ersten Golfkriegs fast acht Jahre Atempause im Konflikt mit seinen arabischen Nachbarn genossen hatte, sah sich wieder verstärkt in die regionalen Entwicklungen involviert. Die irakische Intervention in Kuwait gab diesen Tendenzen zur Umgruppierung den wesentlichen Anstoß.

Sie führte zur Spaltung der Arabischen Liga und begrub damit die zu Anfang der Krise von einigen regionalen Führungen noch gehegte Hoffnung, eine „arabische Lösung“ zustande bringen zu können. Die Führung Syriens nutzte aber entschlossen die „Gunst der Stunde“, um ihre Isolation zu beenden. Präsident Assads Schachzug war es, seine

bisherige Rolle mit dem Irak zu tauschen³). Durch seine militärische Hilfe für das bedrängte Saudi-Arabien vermochte er außerdem zusätzliche finanzielle Leistungen der ölfreudigen Golf-Staaten zu mobilisieren. Schließlich verstand er es, sich seine Mitwirkung an der internationalen Koalition gegen Saddam Hussein insbesondere von der amerikanischen Regierung dadurch „bezahlen“ zu lassen, daß er nun im Libanon weitgehend freie Hand erhielt. Der christliche Militärführer Michael Aoun, der sich zuletzt gegen die syrische Dominanz gestellt hatte, gab in Ermangelung weiterer irakischer Waffen und amerikanischer politischer Rückendeckung bald danach auf. Am 17. Mai 1991 – genau acht Jahre nach dem (später wieder gekündigten) israelisch-libanesischen Vertrag von 1983 – krönte Assad seine Hegemonie durch einen „Freundschaftsvertrag“ mit der libanesischen Regierung.

Auch Ägyptens Führung hoffte, durch ihr militärisches Engagement in Saudi-Arabien langfristige politische Bindungen zu den Staaten des Golf-Kooperationsrats zu errichten und davon in Form von wirtschaftlicher Hilfe und der Beschäftigung ägyptischer Arbeitskräfte zu profitieren. Für die Regime Saudi-Arabiens und Kuwaits war die Beteiligung vor allem Ägyptens und Syriens an der internationalen Militärkoalition ein wesentlicher politischer Faktor. Sie hofften, sich damit in der arabischen Welt dafür rechtfertigen zu können, daß sie die USA und andere westliche Mächte um militärische Hilfe ersucht hatten. Der „2 + 6“-Gipfel vom 5./6. März 1991, als die Regierungen Ägyptens, Syriens und der sechs GCC-Mitglieder die Kriegsallianz bekräftigten, schien die neue regionale Mächtekonstellation festzuschreiben. Indes signalisierte die spätere Entscheidung von Ägyptens Präsident Mubarak, die Hälfte seiner Truppen vom Golf zurückzuziehen, daß wohl nicht alle der weitreichenden Hoffnungen Kairo erfüllt würden.

Syriens Präsident dürfte andererseits die weitere Präsenz seiner Truppen benutzen, um die Spendenbereitschaft Saudi-Arabiens zu fördern. Assad ging

³) Vgl. Bassam Tibi, Die irakische Kuwait-Invasion und die Golfkrise, in: Beiträge zur Konfliktforschung, (1990) 4, S. 5–34.

auch gleich daran, sich von Nordkorea Raketen des Typs Scud-C zu verschaffen – Waffen, die wesentlich zielgenauer waren als die irakischen Raketen. Er nutzte so den Konflikt auf allen Ebenen, um seine Machtposition zu stärken. Möglicherweise wurden dadurch bereits verschärfte Spannungen zwischen Israel und Syrien eingeleitet.

Jordanien, Jemen und die Führung der PLO mußten ihre bedingte Förderung Saddam Husseins politisch und wirtschaftlich teuer bezahlen. Da Amman, Sanaa und Yassir Arafat in absehbarer Zeit auf wichtige Finanzleistungen der ölfreudigen Golfstaaten verzichten müssen, wird der Druck in ihren Ländern bzw. innerhalb der PLO wohl noch zunehmen. Die amerikanische Regierung, die Jordaniens König zunächst durch Ignorierung bestrafte, wird diese Haltung wohl nicht auf Dauer aufrechterhalten. Insbesondere der amerikanische Kongreß dürfte aber geneigt sein, künftige Hilfe für Jordanien nur dann zu leisten, wenn sich der König auf die amerikanischen Vorstellungen zur Lösung des Palästina-Konflikts einläßt. Der überraschende diplomatische Vorstoß des jordanischen Königs Hussein Anfang Juni 1991, seine Forderung eines Abbaus bestehender Tabus im arabisch-israelischen Umgang, die umgehend eine Einladung des Herrschers nach Israel zur Folge hatte, ist wohl in diesem Zusammenhang zu verstehen.

Eine radikale Neuordnung der regionalen Beziehungen konnte schon deshalb nicht erfolgen, da Saddam Hussein nicht gestürzt wurde. Die Führungen Irans, der Türkei und wohl auch der meisten arabischen Länder zogen es vor, sich mit einem stark geschwächten, aber territorial erhaltenen Irak weiter auseinanderzusetzen. Sie wollten nicht die Risiken eingehen, die sich aus einer Zersplitterung der Macht und einem möglichen Zerfall dieses Landes ergeben könnten. Der Krieg hat so zum Ergebnis, daß der regionale Status quo ante – in Form aller Regime und der bestehenden Grenzen – bekräftigt wurde.

Während der Kuwait-Krise hatte Saddam Hussein unter anderem den Palästina-Konflikt zu nutzen versucht, um von seiner Aggression abzulenken und die internationale Koalition zu spalten. Mit seinen Raketenangriffen auf israelische Bevölkerungs-

zentren bezweckte der irakische Führer, den Charakter des Konflikts neu zu definieren und die Bevölkerungen derjenigen arabischen Länder zu mobilisieren, deren Regime gegen ihn auftraten. Israel schlug jedoch nicht zurück. Der israelische Verteidigungsminister Moshe Arens fürchtete zwar, das Ausbleiben eines israelischen Gegenschlags könnte Israels bisherige Abschreckungsdoctrin grundsätzlich schwächen. Andererseits war jedoch klar, daß sich nun die USA selbst engagierten, um eine möglicherweise tödliche Bedrohung für Israels Zivilbevölkerung zu bekämpfen. Wichtig war außerdem, daß während der Krise erstmals amerikanische Soldaten, die Einheiten der Patriot-Abwehrraketen, in und für Israel kämpften.

Ähnlich hielt es auch die Führung Irans für das Beste, stillzuhalten, während die Alliierten das Geschäft besorgten, dem hochgerüsteten Nachbarn die gefährlichsten Waffen aus der Hand zu schlagen. Für den türkischen Präsidenten Turgut Özal bot die Krise – trotz schwerer Bedenken seiner Militärführung – die Gelegenheit, internationales Profil zu zeigen und sich, ohne eigene Truppen einzusetzen, an der Seite der Sieger zu engagieren. Indem er den USA die Nutzung türkischer Basen gestattete, vermochte er in Washington die strategische Bedeutung seines Landes erneut zu demonstrieren – eine Rolle, welche die türkische Führung mit dem Ende des Ost-West-Konflikts bereits als verloren gesehen hatte. Die amerikanische Führung war im Gegenzug bereit, diese Unterstützung – die ihr Luftangriffe auch vom Norden aus ermöglichte – gebührend zu honorieren. Daß Präsident Bush zunächst zögerte, auf die Massenflucht der Kurden zu reagieren, hängt wohl nicht zuletzt mit der Begegnung Bushs mit Özal vom März 1991 in Camp David zusammen. Bekanntlich hat nicht nur der Irak, sondern auch die Türkei ein kurdisches Problem.

Angesichts der geringen Veränderungen durch den Krieg besteht aus regionaler Sicht wenig Anlaß zur Hoffnung, daß jetzt der arabisch-israelische und der israelisch-palästinensische Konflikt leichter gelöst werden könnten. Ebenso bleibt offen, wie in der Golfregion eine künftig stabilere „Friedensordnung“ errichtet werden kann.

V. Die Rolle der auswärtigen Mächte

Der zweite Golfkrieg gab für die Weltpolitik wichtige Aufschlüsse. Verlauf und Ergebnis dieses Konflikts haben bestätigt, was in den zwei voraus-

gegangenen Jahren in Europa und in eigenen Regionen der „Dritten Welt“ bereits zu verzeichnen war: Die Sowjetunion ist als international hand-

lungsfähige Großmacht weitgehend ausgefallen. Die Führung in Moskau hat zwar mit diplomatischen Mitteln versucht, auf den Verlauf des Kriegs Einfluß zu nehmen. Als es zur Entscheidung kam, hat sie sich aber der internationalen Allianz unter Führung der USA nicht entgegengestellt und hat ihren früheren Partner Irak nicht entscheidend unterstützt.

Der Ausfall der Sowjetunion als Gegengewicht zu den USA hat im Nahen Osten jedoch keineswegs zur Folge, daß die einzig verbliebene Weltmacht nun weitgehend unumschränkt die Entwicklungen dominieren könnte. Das Ende des Ost-West-Konflikts auch im Orient scheint vielmehr zwei andere wesentliche Konsequenzen zu haben. Einerseits sind die USA von der sowjetischen Herausforderung zu einem erheblichen Teil befreit. Sie sehen deshalb die Probleme der Region nicht mehr aus der Perspektive des bisherigen weltpolitischen Konflikts. Andererseits bedeutet dies jedoch, daß sich die verbliebene Weltmacht sehr viel mehr als bisher auf die Probleme des Nahen Ostens einlassen muß, will sie dort weiter einen bestimmenden Einfluß ausüben. Wie das Beispiel des Irak Washington gelehrt hat, können in der Welt nach dem Kalten Krieg grundlegende Interessen der USA auch aus Krisenregionen unmittelbar und massiv gefährdet werden.

Die regionalen Mächte haben den weltpolitischen Umbruch sehr genau wahrgenommen und ziehen daraus ihre eigenen Schlußfolgerungen. Konnten sie früher das weltpolitische Spannungsfeld ausnutzen, um sich durch Anlehnung an eine der Weltmächte von ihnen Schutz oder Privilegien zu verschaffen, so ist jetzt dieser Hebel weitgehend entfallen. Ihr Hauptansprechpartner sind jetzt die USA, die politische und militärische Hilfe vor allem nach dem Kriterium vergeben werden, inwieweit die betreffende Regierung zur Wahrung amerikanischer und westlicher Interessen in der Region beiträgt. Ein beschränkender Faktor ist jedoch, daß angesichts des ungünstigen wirtschaftlichen Zustands der USA die amerikanischen Kapazitäten zur wirtschaftlichen Hilfe sehr begrenzt sind. Daraus ergibt sich das amerikanische Anliegen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich andere auswärtige Mächte zu beteiligen.

1. Die USA

Der Regierung Bush war daran gelegen, den zweiten Golfkrieg rasch zu beenden. Ein durchschlagender Sieg sollte sicherstellen, daß die amerikanischen Truppen nicht die Erfahrung ihres Einsatzes

in Vietnam wiederholen müßten und auf unabsehbare Zeit in der arabischen Wüste festgehalten würden. Ein Sieg, der den „arabischen Stolz“ nicht zu stark verletzte, sollte sicherstellen, daß Washington auch künftig im Bündnis mit wichtigen Regimen seine Interessen wahren könnte. So drangen die alliierten Truppen nicht bis Bagdad vor und stürzten Saddam Hussein nicht.

Der Aufstand der Schiiten und Kurden im Irak, seine Niederschlagung durch das Bagdader Regime und das daraus resultierende Flüchtlingselement erwiesen sich jedoch als der erste massive „Störfaktor“ für die amerikanischen Pläne zur Schaffung einer „Nachkriegsordnung“ im Nahen Osten. Die Umriss der geplanten Ordnung hatte Präsident Bush bereits sechs Tage nach Einstellung der Kampfhandlungen am 6. März 1991 angedeutet. In seiner Rede proklamierte der amerikanische Präsident vier wesentliche Ziele.

Erstens rief er die Freunde und Verbündeten der USA in der Region auf, Vereinbarungen zu treffen, um die künftige Sicherheit zu garantieren. Zweitens versprach er, „unermüdliche Anstrengungen“ zu unternehmen, um den Palästina-Konflikt in allen wesentlichen Aspekten – also das Palästinenserproblem und Israels Verhältnis zu seinen Nachbarn – zu lösen. Drittens forderte er, das Problem der Rüstung im Nahen Osten, insbesondere im Bereich der ABC-Waffen und der Raketen, anzugehen. Viertens schlug er vor, sich den wirtschaftlichen Problemen der Region zuzuwenden. Die Grundvorstellung war, den militärischen Erfolg und seine vermeintlichen Wirkungen zu nutzen, um unter amerikanischer Führung den zentralen regionalen Konflikt zu beseitigen, die militärische und wirtschaftliche Lage zu stabilisieren und damit die größten Gefahren für die Aufrechterhaltung des Status quo einzudämmen.

Im April und Mai 1991 unternahm Außenminister Baker in kurzer Folge vier Reisen in die Region, um in intensiven Gesprächen mit den wichtigsten Akteuren den Weg für einen Durchbruch im Palästina-Konflikt zu bereiten. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Baker sich darauf beschränkt, in Telefongesprächen von Washington aus mit den Parteien zu sprechen und im übrigen darauf zu warten, bis die Zeit für einen Vorstoß „reif“ sein würde. Er hatte damit sicherzustellen versucht, daß er sich nicht durch spektakuläre Schritte unter Erfolgszwang setzen würde. Dem texanischen Rechtsanwalt Baker ging es vor allem auch darum, sich bei außenpolitischen Vorhaben stets der Rückendeckung der Wortführer im amerikanischen Kongreß zu versichern. Der Krieg zwang Bush und Baker jedoch, sofort die Initiative zu ergreifen.

Das Konzept des Außenministers sah vor, durch Gespräche mit allen wichtigen Konfliktparteien einen Verhandlungsprozeß in Gang zu setzen, in dessen Verlauf die unterschiedlichen Ausgangspositionen einander immer mehr angenähert werden sollten. Das grundsätzliche Problem war jedoch, daß die amerikanische Regierung davon ausging, daß der Krieg eine neue Lage und somit bessere Chancen für einen Durchbruch geschaffen habe. Demgegenüber schienen insbesondere die Führungen Syriens und Israels darauf zu beharren, daß der zweite Golfkrieg am Palästina-Konflikt nichts Grundsätzliches geändert habe.

Israels von der Likud-Partei geführte Regierung wollte sich nicht auf einen Verhandlungsprozeß einlassen, der am Ende einen Rückzug Israels aus besetzten Gebieten zur Folge haben würde. Demgegenüber forderte der amerikanische Außenminister – in Übereinstimmung mit arabischen Regierungen und Sprechern der Palästinenser – „Land gegen Frieden“ zu tauschen. Dies war die alte Forderung der UN-Resolutionen Nr. 242 (von 1967) und 338 (von 1973). Der Likud und seine Koalitionspartner erklärten diese Forderung jedoch mit dem israelischen Rückzug vom Sinai (nach dem israelisch-ägyptischen Friedensvertrag von 1979) für bereits erfüllt. „Judäa und Samaria“ gelten ihnen als Teil von Groß-Israel, und sie erklärten eine Abtretung dieser Gebiete als grundsätzlich nicht verhandelbar. Ministerpräsident Shamir wollte sich so auch nicht auf eine periodisch tagende internationale Konferenz einlassen, in deren Verlauf insbesondere die Vereinten Nationen und die Europäer zusammen mit den arabischen Regierungen Israel weitgehende Zugeständnisse abringen könnten. Er suchte vielmehr, den internationalen Rahmen zu begrenzen und sich vor allem bilateralen Friedensverhandlungen mit arabischen Staaten zuzuwenden.

Aber auch bei den arabischen Gesprächspartnern stieß Baker rasch auf Widerstand. Während der amerikanische Außenminister in langen Gesprächen mit dem syrischen Präsidenten die „neue Lage“ beschwor, belehrte ihn Assad, daß sich an dem alten Konflikt im Grunde nichts geändert habe. Er verlangte weiter eine internationale Konferenz, die zum Ergebnis haben müsse, daß sich Israel aus allen 1967 eroberten Gebieten zurückziehen müsse.

Die Palästinenser spielten in dieser Phase eine eher untergeordnete Rolle. Als Folge des zweiten Golfkriegs war die Position der PLO nach den Sympathiebekundungen Jassir Arafats für Saddam Hussein zunächst erheblich geschwächt. Die ame-

rikanische Regierung sah keinen Grund, den 1990 bereits vor dem Krieg abgebrochenen Dialog wieder aufzunehmen. Sie legte sich öffentlich darauf fest, daß am Ende der Verhandlungen kein unabhängiger Palästinenserstaat entstehen würde. Diese Haltung entsprach wohl der fast aller beteiligten Regierungen.

Ende Mai 1991 war noch nicht abzusehen, wohin die diplomatischen Bemühungen führen würden. Bushs und Bakers Ansatz war zunächst sehr viel breiter und ehrgeiziger als der früherer amerikanischer Regierungen, die meist Teillösungen als Zwischenschritte angestrebt hatten. Denkbar war jedoch, daß die Regierung Bush zur Politik der kleinen Schritte zurückkehren würde, sollte sich das Vorhaben einer Gesamtlösung nicht verwirklichen lassen.

Zum zweiten zentralen Vorhaben, der regionalen Rüstungsbegrenzung, unterbreitete Präsident Bush Ende Mai konkretere Vorschläge. Das Konzept zielte vor allem auf internationale Schritte zur Begrenzung der nichtkonventionellen und Raketen-Rüstung, während es im Bereich der konventionellen Waffen nur Richtlinien für eine Exportbegrenzung vorsah. Das grundsätzliche Problem war, daß die amerikanische Regierung einerseits zwar die potentiell gefährlichsten Waffensysteme unter Kontrolle zu bringen wünschte, daß sie andererseits aber nicht auf die Möglichkeiten verzichten wollte, regionale Partner durch Waffenlieferungen weiter zu unterstützen und dadurch politisch Einfluß auszuüben. Schließlich hatte Saudi-Arabien bereits den Wunsch nach großen Waffenkäufen in den USA geäußert, die für die bedrängte amerikanische Rüstungsindustrie von beträchtlichem Interessen waren.

Aber auch bei anderen Regionalmächten scheint das Streben nach neuen Waffen ungebrochen. Eine Erfahrung des Golfkriegs war, daß Israel den irakischen Raketen nichts Entscheidendes hatte entgegensetzen können. Die neuen Raketen für Syrien und Israels intensivierten Bemühungen um Herstellung einer effektiven Raketenabwehr (mit Hilfe des amerikanisch-israelischen Arrow-Programms) lassen fragen, ob der Konflikt am Golf die regionalen Rüstungsambitionen nicht noch eher beschleunigt, als daß er sie gedämpft hat. So bleibt abzuwarten, ob die Abrüstungsmaßnahmen in den Waffenstillstandsbedingungen für den Irak tatsächlich der Beginn eines regionalen Prozesses zur Rüstungskontrolle sein werden.

2. Die Sowjetunion

Die Nahost-Reise von Alexander Bessmertnych führte im Mai 1991 zum erstenmal einen sowjeti-

schen Außenminister kurz nach Israel. Wenigstens im Bereich der Diplomatie unterstrich Moskau damit, daß es weiterhin eine wichtige Rolle zu spielen beabsichtigt. Die sowjetische Führung kann dabei auf die Zustimmung Washingtons bauen, denn erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg unterstützen die USA explizit und grundsätzlich eine politische Mitwirkung Moskaus im Nahen Osten.

Nach dem Ende des Zweiten Golfkriegs ist jedoch zu fragen, welchen besonderen Beitrag die sowjetische Führung noch zu leisten vermag. Bereits 1987 hatte Präsident Gorbatschow gegenüber der syrischen Führung klargestellt, daß er nicht beabsichtige, eine syrische „strategische Parität“ mit Israel zu fördern. So ist nun nicht zu erwarten, daß Moskau bei den Nahost-Friedensbemühungen auf Präsident Assad einen besonderen Einfluß ausüben könnte.

Eine international wenig beachtete Begleiterscheinung der Krise um Kuwait war, daß die Sowjetunion nach mehr als 50 Jahren mit Saudi-Arabien wieder diplomatische Beziehungen aufnahm. Kein Zufall war es wohl auch, daß das saudische Königreich die sowjetische Zustimmung zur UN-Resolution Nr. 678 mit einem mehrere Milliarden US-Dollar umfassenden Kredit an Moskau honorierte. Anstatt weiter die Partnerschaften mit eher radikalen Regimen zu pflegen, dürfte die sowjetische Führung noch mehr darum bemüht sein, vorteilhafte Beziehungen mit den wirtschaftlich attraktiven Ländern dieses Raums zu entwickeln. Dies betrifft insbesondere die arabischen Ölförderländer. Aber auch Israel wird sich zunehmenden sowjetischen Interesses erfreuen. So sind in den vergangenen Monaten hunderttausende sowjetischer Juden eingewandert, die das Russische nach dem Hebräischen und Englischen als dritte Landessprache des jüdischen Staates etablieren und sozusagen eine Infrastruktur für die israelisch-sowjetischen Beziehungen bilden werden.

Ähnlich wie in den USA werden die Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes der Sowjetunion darauf drängen, weiterhin Waffen in den Nahen Osten zu liefern, um damit wenigstens einen Teil der bestehenden Kapazitäten auszulasten und wichtige Einnahmen zu tätigen. So dürfte auch die sowjetische Führung – trotz all ihrer Appelle zur Begrenzung der Rüstung im Nahen Osten – nicht völlig auf den Verkauf von Waffen verzichten wollen. Da jedoch einige Waffenkategorien im Nahen Osten bereits sowjetische Sicherheitsinteressen akut berühren, dürfte Moskau zumindest im Bereich der Raketen und ABC-Waffen ein politisches Interesse an einschränkenden Regelungen haben.

3. Westeuropa

Für die Europäische Gemeinschaft war der zweite Golfkrieg eine bittere Erfahrung. Trotz der Bemühungen um ein geschlossenes Auftreten und der Ansätze zu einer Koordination des militärischen Vorgehens im Rahmen der Westeuropäischen Union traten die Westeuropäer im wesentlichen nicht als Gemeinschaft in Erscheinung. Großbritannien profilierte sich als engster Partner der USA; Frankreich versuchte lange Zeit, die Krise friedlich beizulegen, sah sich schließlich aber veranlaßt, am Krieg gegen den Irak teilzunehmen. Deutschland leistete, ebenso wie Spanien, Italien und andere europäische Länder, einen massiven Beitrag für den militärischen Aufmarsch der USA und ihrer Partner. Da es sich mit eigenen Truppen nicht beteiligen wollte und zum Vorgehen der internationalen Allianz keine klare Stellung zu beziehen schien, sah es sich im Ausland teilweise heftiger Kritik ausgesetzt. Ein finanzieller Beitrag von annähernd 18 Milliarden DM und ein starkes Engagement der Bundeswehr nach dem Krieg zur Linderung der kurdischen Flüchtlingsnot suchten, dieser Kritik zu begegnen.

Bisher ist nicht abzusehen, wie die künftige Rolle Westeuropas im Nahen Osten aussehen wird. Mit zwei ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat, als bisher wichtige Rüstungslieferanten und angesichts des großen wirtschaftlichen Interesses an dieser Region werden die Westeuropäer bemüht sein, bei der Schaffung einer „Nachkriegsordnung“ mitzuwirken. Die Frage bleibt, wie weit Europa in der Lage sein wird, eine gemeinsame Position zu erarbeiten und durchzuhalten. Dies gilt für alle Problembereiche.

In der Diplomatie für den Palästina-Konflikt könnten die Europäer in Ergänzung zu amerikanischen Initiativen wichtige Vermittlungsdienste leisten. Bei den Bemühungen, die nahöstliche Rüstungsdynamik einzudämmen, werden sie zunächst im nationalen Rahmen verstärkte Exportkontrollen durchzuführen haben. Ein EG-verbundlicher Rahmen für solche Bemühungen würde nicht nur die Effizienz von Kontrollen verbessern, er würde den jeweiligen Regierungen auch helfen, Widerstände wichtiger Interessengruppen in ihren Ländern zu überwinden. Sollten die Bemühungen um eine Nahost-Friedensregelung tatsächlich greifbare Ergebnisse zeitigen, so werden die Europäer mit Friedenstruppen und finanziellen Hilfeleistungen eine wichtige Rolle zu übernehmen haben. Auch in Deutschland täte man gut daran, sich darauf rechtzeitig vorzubereiten.

Abhängigkeiten und Entwicklungschancen der arabischen Welt

Die Zuordnung der arabischen Staaten, die Hauptölexporture eingeschlossen, zur „Dritten Welt“ oder den „Entwicklungsländern“ löst gelegentlich Widerspruch aus. Insbesondere in den siebziger Jahren brauchte die arabische Welt und brauchten vor allem die arabischen Golfstaaten sich keine Sorgen um mangelndes Kapital zu machen, und das Pro-Kopf-Einkommen in der Golfregion bewegt sich immer noch in der Größenordnung einiger westeuropäischer Staaten. Allerdings zeigt der arabische Raum auch deutlich, wie wenig statistische Daten und bestimmte Wahrzeichen industriellen und infrastrukturellen Fortschritts allein über die Chancen sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung – im Sinne der Fähigkeit zur eigenständigen Entfaltung der Produktivkräfte und zur Versorgung der Bevölkerung mit materiellen und kulturellen Gütern – aussagen. Den

vom UN-Entwicklungsprogramm erstellten Human Development Index zugrunde gelegt, der „Entwicklung“ nicht nur an Durchschnittseinkommen, sondern zudem an Faktoren wie Alphabetisierung, Lebenserwartung und Gesundheitsstandards mißt, erreicht kein arabischer Staat auch nur das Niveau von Mexiko¹⁾. Tatsächlich teilen die arabischen Staaten zahlreiche problematische Merkmale anderer Regionen der „Dritten Welt“. Fehlentwicklungen und regionale Widersprüche sind gerade auch durch die irakisch-kuwaitische Krise deutlich geworden. Der Krieg um Kuwait hat die Entwicklungsprobleme der Region verschärft, und die gegenwärtige Debatte um eine Neuordnung der nahöstlichen Verhältnisse wird die Problematik von Entwicklung, Fehlentwicklungen und Abhängigkeiten berücksichtigen müssen.

I. Fehlentwicklungen und Abhängigkeiten

Abhängigkeit soll hier im weitesten Sinne verstanden werden; gemeint sind strukturell verankerte politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Außenabhängigkeiten, die die Souveränität politischer Entscheidungen oder die Fähigkeit zu einer eigenständigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung erheblich beeinträchtigen. Die Abhängigkeiten der arabischen Staaten verweisen auf ein Bündel verflochtener Ursachenkomplexe: auf die territoriale Zersplitterung der arabischen Welt und die gewaltigen ökonomischen Diskrepanzen in der Region genauso wie auf das Fehlen demokratischer Strukturen und auf wenig sinnvolle Entwicklungsstrategien.

Wenngleich der Kolonialismus nicht für alle arabischen Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht werden kann, ist sein Beitrag zur territorialen Zersplitterung der arabischen Welt und damit zu einem ihrer anhaltenden Entwicklungsprobleme erheblich. So sind die politischen Grenzen im arabischen Osten fast vollständig die Hinterlassen-

schaft kolonialer und halbkolonialer Herrschaft. Syrien, Libanon, Jordanien, Irak und das sogenannte Mandatsgebiet Palästina wurden 1920 nach einer entsprechenden britisch-französischen Absprache durch einen Beschluß des Völkerbunds kreiert und unter französisches bzw. britisches Mandat gestellt. Die Kleinstaaten am Persischen Golf entstanden aus der Vertrags- und Protektionspolitik Großbritanniens im 19. und 20. Jahrhundert. Die Grenzen Saudi-Arabiens und des Nordjemen, die nie unter europäische Herrschaft gerieten, wurden durch die britische Vorherrschaft an den Küsten der arabischen Halbinsel bestimmt.

Im Osten der arabischen Welt zerstörte koloniale Politik und zerrissen die neuen Grenzen existierende regionale Wirtschaftsstrukturen, etwa die Rolle des kuwaitischen Seehandels als Bindeglied zwischen den produktiven Zentren am Golf und damit auch die Bedeutung der kuwaitischen Schiffbauindustrie²⁾ oder die engen Handelsverbindungen entlang des Euphrat zwischen Irak, Nord-Syrien

¹⁾ Vgl. Rich and Poor States in the Arab World, in: Middle East Report, 21 (1991) 170, S. 8f.

²⁾ Vgl. Jacqueline Ismael, Kuwait. Social Change in Historical Perspective, Syracuse 1982, S. 64ff.

und dem heute türkischen Mittelmeerhafen Iskanderun. Die willkürliche Grenzziehung im Nahen Osten gehört auch zu den Ursachen der enormen Einkommensdiskrepanzen in der arabischen Welt: Während das Durchschnittseinkommen in den wohlhabendsten der bevölkerungsarmen, erdölreichen Staaten, in Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), 1988 zwischen 13 000 und 16 000 US-Dollar lag, verfügten die ärmsten der vergleichsweise rohstoffarmen aber bevölkerungsreichen Länder wie Jemen und Sudan über ein durchschnittliches Einkommen von weniger als 600 US-Dollar³).

Arabische Entwicklungstheoretiker haben immer wieder betont, daß die arabische Welt an sich nicht arm ist, daß die Ressourcen – Menschen, Rohstoffe, Agrarland – aber ungleich verteilt sind und unkoordiniert genutzt werden. Die Einheit der arabischen Nation sei deshalb schon aus ökonomischen Gründen notwendig⁴). Gerade die ungleiche Ressourcenausstattung aber ließ unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche wirtschaftliche Interessen entstehen, führte nicht selten zu politischem Konflikt, und wurde damit selbst zum Hindernis ernsthafter Einheitsbemühungen oder auch nur einer gesamtarabischen Ressourcenplanung. Ein augenfälliges Ergebnis dieses Zustands ist das Mißverhältnis zwischen den Investitionen arabischen Überschußkapitals aus den Ölmonarchien im westlichen Ausland und der Auslandsverschuldung der ärmeren, nicht oder nur in geringfügigem Maße Öl exportierenden Staaten. Allein die 1990 noch auf mindestens 100–120 Mrd. US-Dollar geschätzten kuwaitischen Kapitalanlagen im Westen überstiegen die Gesamtverschuldung aller arabischen Nicht-OPEC-Staaten⁵).

1. Die Fehlentwicklungen der ärmeren Staaten

Die meisten arabischen Staaten erlebten seit dem ersten Ölpreissprung von 1973 einen ungewohnt hohen Kapitalzufluß. Wenn dieser nicht aus eige-

nem Ölexport stammte, kam er aus den Zuschüssen der reichen arabischen Ölexporteure an die Frontstaaten im arabisch-israelischen Konflikt, aus der Entwicklungshilfe der arabischen OPEC-Staaten oder aus den Überweisungen von Gastarbeitern in den Ölstaaten. Zudem waren Kredite auf dem internationalen Kapitalmarkt leicht verfügbar.

Nahezu alle Staaten der Region verzeichneten in den siebziger Jahren hohe wirtschaftliche Wachstumsraten. Vor allem die Staaten, die ökonomischen Meßdaten nach eher im „Mittelfeld“ der arabischen Welt liegen, wie Ägypten, Syrien oder Jordanien und die bevölkerungsreichen Ölstaaten Algerien und Irak, galten aufgrund ihrer vergleichsweise günstigen Bedingungen (Bodenschätze, landwirtschaftlich nutzbare Gebiete, relativ hohes Bildungsniveau) als aussichtsreiche Kandidaten beschleunigter Entwicklung. Sie leiteten im einzelnen recht ähnliche, anspruchsvolle Entwicklungsprogramme ein, die vor allem auf eine moderne, an westliche Produktions- und Konsumstandards ausgerichtete rasche Industrialisierung setzten. Die Strategie erwies sich als äußerst problematisch. Die neuen, zumeist schlüsselfertig importierten Industrien waren überwiegend kapitalintensiv und verlangten zudem gut ausgebildete Fachkräfte, sie blieben in hohem Maße von ausländischen Rohstoffen und Material sowie von ausländischer Expertise abhängig, sie waren häufig überdimensioniert und regional in keiner Weise abgestimmt, womit die Option eines zukünftigen Exports auf Nachbarmärkte entfiel. Auch waren die neuen Industrien kaum mit anderen Wirtschaftsbereichen verflochten. Meist dienten sie entweder der unmittelbaren Aufarbeitung von Rohstoffen oder der Produktion für den Endverbrauch. Der Herstellung von Zwischenprodukten wurde nur geringe Aufmerksamkeit zuteil, der Aufbau einer Maschinenbau- und Ersatzteilindustrie und die Entwicklung eigener Technologien blieben fast völlig aus⁶). So überstiegen in den siebziger Jahren im Irak die Ausgaben für ausländische Consultants und den Service für importierte Technologien die Ausgaben für eigene Forschung und Entwicklung um mehr als das Zehnfache⁷). Entgegen den Hoffnungen der Planer wurden die neuen Industrien nicht zu Devisenbringern und zur Basis einer

³) Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1990, Washington 1990, S. 210.

⁴) Vgl. etwa: Mahmud al-Humsi, *khitaṭ al-tanmiya al-'arabiyya wa ittijahatuha al-takamuliyya wa-l-tanafuriyya* (Die arabischen Entwicklungspläne und ihre sich ergänzenden oder konfliktierenden Tendenzen) 1960–1980, Beirut 1984³, S. 25.

⁵) Die Gesamtverschuldung der arabischen Nicht-OPEC-Staaten belief sich 1988 auf ca. 85 Mrd. US-Dollar; unter Einschluß des OPEC-Staats Algerien betrug die Verschuldung der ärmeren arabischen Staaten ca. 108 Mrd. US-Dollar. Vgl. Weltbank (Anm. 3), S. 254f. Die Auslandsschulden des OPEC-Mitglieds Irak von schätzungsweise 70–80 Mrd. US-Dollar (1990) sind nicht eingeschlossen.

⁶) Vgl. M. al-Humsi (Anm. 4), S. 223f.; Robert Scott Mason, *The Economy*, in: Helen Chepin Metz (Hrsg.), *Iraq: A Country Study*, Washington 1990, S. 145ff.; Volker Perthes, *Staat und Gesellschaft in Syrien 1970–1989*, Hamburg 1990, S. 94ff.

⁷) Vgl. Joe Stork, *Iraq and the War in the Gulf*, in: MERIP Reports, 11 (1981) 87.

selbsttragenden Entwicklung, sondern zu einer der Ursachen wachsender Handelsbilanzdefizite und fortgesetzter technologischer Abhängigkeit.

Bei dieser vorwiegend industriellen Orientierung wurde die Entwicklung der Landwirtschaft und vor allem der Ausbau der Nahrungsmittelproduktion vernachlässigt. Im Ergebnis hielt die Produktion von Nahrungsmitteln mit dem Wachstum der Bevölkerung nicht mit, und die arabische Welt im Ganzen ist zu Beginn der neunziger Jahre in geringerem Maße in der Lage, ihre eigene Bevölkerung selbst zu ernähren als noch 20 Jahre zuvor⁸). Die Abhängigkeit von Lebensmitteleinfuhren kann zu politischer Erpreßbarkeit führen und wird deshalb von arabischen Autoren häufig als ernste Bedrohung der „arabischen nationalen Sicherheit“ betrachtet⁹). Davon abgesehen belasten wachsende Lebensmittelimporte die Handelsbilanzen fast aller arabischen Staaten in zunehmendem Maße. Wachsender Importbedarf, ein Zurückbleiben der industriellen Leistungen hinter den Erwartungen, eine kaum nennenswerte Steigerung der Ausfuhr aus eigener Industrieproduktion und sinkende Einnahmen aus eigener Rohölförderung bzw. aus den Zuschüssen der arabischen Ölexporture während der achtziger Jahre – sowie im irakischen Fall der achtjährige Krieg mit Iran – verursachten Stagnation und zum Teil negative Wachstumsraten. Auslandsschulden, die mit der Erwartung auf die künftigen Früchte der Industrialisierung gemacht worden waren, und permanenter Devisenmangel wurden seit Mitte der achtziger Jahre mehr und mehr zum Problem. Algerien etwa war Ende der achtziger Jahre gezwungen, 77 Prozent seiner Exporterlöse für den Schuldendienst aufzuwenden¹⁰). Länder wie Jordanien, Marokko und jüngst Ägypten haben, entsprechenden Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) nachkommend, harte Strukturpassungsprogramme durchführen müssen und damit nicht selten heftigen sozialen Protest ausgelöst. Andere Staaten wie Syrien haben sich ohne entsprechende Abkommen mit dem IWF gezwungen gesehen, vergleichbare Maßnahmen einzuleiten¹¹). Der irakische Überfall auf Ku-

wait war nicht zuletzt ein untauglicher Versuch der irakischen Führung, die eigenen Wirtschaftsprobleme zu mindern und den Streit um Iraks Verschuldung bei seinen Nachbarn zu entscheiden¹²).

2. Die Abhängigkeit der Ölmonarchien

Abhängigkeit ist allerdings nicht allein ein Problem der ärmeren arabischen Staaten, des „Mittelfelds“ und der ganz armen, zudem oft dürre-, hunger- und kriegs- oder bürgerkriegsgeplagten Staaten wie Somalia oder Sudan. Gerade die sechs seit 1981 zum Golfkooperationsrat (GCC) zusammengeschlossenen arabischen Erdölmonarchien am Golf¹³) repräsentieren, obwohl es sich bei ihnen um Kapitalüberflußgesellschaften handelt oder zumindest bis vor kurzem noch handelte, in erstaunlicher Weise eine Reihe struktureller Merkmale, die die Dependenztheorie zur Beschreibung des sogenannten peripheren Kapitalismus in – in der Regel armen – Ländern der Dritten Welt aufgelistet hat: Diese Staaten haben als Produzenten eines einzigen Rohstoffs, eben des Erdöls, eine eng spezialisierte Rolle in der internationalen Arbeitsteilung, und sie sind in erheblichem Maße von schwankenden Weltmarktpreisen abhängig. Ihnen fehlt eine Unternehmerschicht, die die Entwicklung der produktiven Fähigkeiten des Landes vorantreiben würde. Die herrschende Schicht dieser Staaten zieht ihre soziale Macht aus der Kontrolle über die Erdöleinkommen, ist weitestgehend in die Strukturen der kapitalistischen Zentren integriert und sorgt dafür, daß die Gewinne der Rohstoffausbeutung über den Import von Anlagen, Rüstung und Konsumgütern, die Investition von Überschüssen im Westen und andere Formen des sogenannten „Recycling“ der Petrodollars in die Industrieländer transferiert und dort produktiv genutzt werden¹⁴).

Abhängigkeiten werden aber auch bei einer weniger abstrakten Betrachtung deutlich: Die erdöl- und devisenreichen arabischen Golfmonarchien haben bereits seit den fünfziger Jahren, als ein Teil dieser Staaten erstmals zu Überflußgesellschaften wurde¹⁵), und vor allem seit dem Ölpreissprung von 1973, auf eine Entwicklungsstrategie gesetzt, die

⁸) Vgl. Jallal' Abdallah Mu'awwad, *al-watan al-'arabi wa qadiyyat al-amm al-ghiza'i* (Das arabische Vaterland und die Frage der Nahrungsmittelsicherheit), in: *al-Wahda*, 3 (1986) 25, S. 28–35; Martha Wenger/Joe Stork, *The Food Gap in the Middle East*, in: *Middle East Report*, 20 (1990) 166, S. 15–19.

⁹) Vgl. u. a.: Muti' al-Mukhtar, *ta'ammulat fi ishkaliyyat al-amm al-iqtisadi al-'arabi* (Überlegungen zu den Problemen der arabischen wirtschaftlichen Sicherheit), in: *al-Wahda*, 3 (1987) 28, S. 127f.

¹⁰) Vgl. Weltbank (Anm. 3), S. 255.

¹¹) Vgl. Said El-Naggar (Hrsg.), *Privatization and Structural Adjustment in the Arab Countries*, Washington 1989.

¹²) Vgl. Efraim Karsh/Inari Rautsi, *Warum Saddam Hussein in Kuwait einmarschierte*, in: Gert Krell/Bernd W. Kubbig (Hrsg.), *Krieg und Frieden am Golf. Ursachen und Perspektiven*, Frankfurt/M. 1991, S. 57f.

¹³) Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrein, Qatar, Vereinigte Arabische Emirate und Oman.

¹⁴) Vgl. J. Ismael (Anm. 2), S. 157ff.

¹⁵) Vgl. Fakhri Shehab, *Kuwait: A Super Affluent Society*, in: *Foreign Affairs*, 42 (1964) 3, S. 461–474.

mehr oder weniger der Vorstellung folgte, daß „Entwicklung“ im wesentlichen eine Funktion ausreichenden Kapitaleinsatzes sei, sich also „kaufen“ ließe. Die Regierungen importierten eine zum Teil aufsehenerregende wirtschaftliche und soziale Infrastruktur und ließen modernste industrielle Fertigungsanlagen errichten, vornehmlich Raffinerien und Anlagen der petrochemischen Grundstoffindustrie. Seit Mitte der achtziger Jahre versuchten sie, auch in anderen kapital- und energieaufwendigen Produktionsbereichen wie der Aluminiumherstellung Fuß zu fassen. Inländisches Privatkapital investierte zudem in Baustoff- und leichte Konsumgüterindustrien. Diese „gekaufte Industrialisierung“¹⁶⁾ zeitigte zum Teil beachtlichen technischen Erfolg, wengleich auch hier Kapazitäten häufig den Bedarf überstiegen und die regionale Koordination begrenzt blieb¹⁷⁾. Wirtschaftlich konkurrenzfähig wurde der GCC bei der Produktion einiger petrochemischer Grundprodukte; Chancen, einen Teil des Produkts zu exportieren, behinderte jedoch eine protektionistische Politik der EG¹⁸⁾. Die meisten der neuen Industrien der GCC-Staaten sind bislang allerdings in hohem Maße von staatlichen Subventionen abhängig. Von einer diversifizierten Industrialisierung, die diesen Staaten eine gewisse Unabhängigkeit vom Öllexport und den schwankenden Ölpreisen geben würde, läßt sich noch in keiner Weise sprechen¹⁹⁾.

Im übrigen wurden in den arabischen Golfmonarchien, stärker als in den nur mittelbar oder in geringem Maße von Öleinkommen profitierenden arabischen Staaten, traditionelle Konsummuster fast vollständig durch westliche Verbrauchsmuster abgelöst. Dies und die Orientierung von Industrie und Infrastruktur an westlichen Standards ließen diese Staaten von einem ständigen, ununterbrochenen Fluß von Waren und Dienstleistungen aus den Ölimportländern abhängig werden – von Konsumwaren, Ersatzteilen und Zwischenprodukten, von Serviceleistungen, Technikern und Daten²⁰⁾, und es machte sie auch verletzlich: Jeder Gedanke

an einen möglichen erneuten Einsatz der „Ölwafe“ in politischen Auseinandersetzungen mit dem Westen wurde angesichts der Importabhängigkeit dieser Staaten illusorisch²¹⁾.

Im Ganzen fand trotz der technisch erfolgreichen Teilindustrialisierung eine eigenständige wirtschaftliche und technologische Entwicklung in den Golfstaaten in noch geringerem Umfang statt als in den weniger begüterten arabischen Ländern. Die hohen Öleinkommen, die wie eine externe Rente wirken, wie ein Einkommen also, das nicht aus produktiver Aktivität im Lande stammt, förderten eine solche Entwicklung auch nicht. Staatliches Einkommen entsteht, anders als in Staaten, die auf Steuereinnahmen angewiesen sind, weitgehend unabhängig von der Entwicklung der Volkswirtschaft in den Nicht-Öl-Sektoren. Wesentliche Aufgabe des Staates ist deshalb nicht, einen bestimmten Teil der aus wirtschaftlicher Aktivität stammenden Einkommen zu extrahieren, um sie umzuverteilen bzw. seine eigenen Aufgaben zu finanzieren, sondern vielmehr einen Teil der Örente in die Gesellschaft hinein zu verteilen. Die wirtschaftliche Rolle der Bevölkerung ist in erster Linie die eines Konsumenten, nicht eines Produzenten. Die Verteilung der Rente auf die Gesellschaft erfolgt über Löhne und Gehälter, Subventionen und andere Maßnahmen. Auch die Privatwirtschaft lebt eher von staatlichen Zuteilungen als von echter unternehmerischer Tätigkeit. Nicht Effektivität des Mitteleinsatzes ist Maßstab des Erfolgs, sondern eine politischen Kriterien entsprechende Verteilung des Wohlstands²²⁾. Dies impliziert eine Privilegierung der Staatsbürger und verschiedene Formen der institutionalisierten Diskriminierung des ausländischen Bevölkerungsteils, welcher – jedenfalls bis 1990 – in allen Ländern des GCC mit Ausnahme Omans weit über 50 Prozent der Erwerbstätigen, in den VAE, in Kuwait und Qatar auch mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung ausmachte²³⁾. Bei den Staatsbürgern wuchs damit eine Anspruchshaltung auf staatliche Ali-

¹⁶⁾ Michael Hofmann, Saudi-Arabien: Gekaufte Industrialisierung, Berlin 1987.

¹⁷⁾ Vgl. ebd.; Rex B. Wingerter, The Gulf Cooperation Council and American Interests in the Gulf, in: American Arab Affairs, 9 (1986), S. 17ff.

¹⁸⁾ Vgl. GCC-EC: Tussle over tariffs, in: The Middle East, Feb. 1990, S. 45.

¹⁹⁾ Vgl. Howard Bowen-Jones, The Gulf Today: an Overview of a Region in Recession, in: The Arab Gulf Journal, 6 (1986) 2, S. 10f.

²⁰⁾ Vgl. Hassan Ali al-Ebraheem, Kuwait and the Gulf. Small States and the International System, Washington u. a. 1984, S. 42ff.

²¹⁾ Vgl. Nadav Safran, Saudi Arabia: The Ceaseless Quest for Security, Ithaca-London 1988, S. 222.

²²⁾ Vgl. Khaldun Hassan al-Naqib, al-mujtama' wa-l-dawla fi al-khalij wa-l-jazira al-'arabiyya (Gesellschaft und Staat am Golf und auf der arabischen Halbinsel), Beirut 1989², S. 121ff.; J. Ismael (Anm. 2), S. 126; Peter Pawelka, Ökonomie und Herrschaft im Vorderen Orient: Die politische Problematik des Rentier-Staates, in: G. Krell/B. W. Kubbig (Anm. 12), S. 32ff.

²³⁾ Offizielle Statistiken zur Ausländerbevölkerung in den GCC-Staaten neigen zu einer Unterschätzung der Ausländerzahl. Vgl. J. S. Birks, The Demographic Challenge in the Arab Gulf, in: B. R. Pridham (Hrsg.), The Arab Gulf and the Arab World, London u. a. 1988, S. 146ff.

mentierung und eine oft beklagte Verachtung für produktive Tätigkeiten, die Bemühungen, ausländische Arbeitskräfte durch Golfstaatenstaatsbürger zu ersetzen, im wesentlichen scheitern ließ²⁴). Die Investitionen staatlichen Überschubkapitals im Ausland verstärken den beschriebenen Trend: der Staat wird zum Couponschneider ausländischer Aktienpakete. Dies stärkt die Unabhängigkeit der Herrscher von der eigenen Gesellschaft und ihrer wirtschaftlichen Leistung, macht diese Gesellschaften aber im ganzen abhängiger von der Produktionsdynamik der Industrieländer²⁵).

Wie wenig die Ölmonarchien am Golf trotz ihres Ölreichtums tatsächlich eine Wirtschaftsmacht darstellen, zeigten die achtziger Jahre: Seit 1982 verfielen die Rohölpreise, der Anteil der OPEC am Weltölmärkte und die Exportmengen der Golfstaaten rapide. Der Wert der GCC-Ölexporte sank von 1980 bis 1986 um etwa 75 Prozent, die GCC-Staaten erlebten eine anhaltende Rezession und waren in ihrer Mehrzahl gezwungen, Investitionen zurückzustellen und laufende Staatsausgaben aus Reserven oder Anleihen zu finanzieren²⁶). Eine Stabilisierung der Ölpreise wäre nur durch eine spürbare Verringerung der Produktion zu erreichen gewesen. In dieser Hinsicht den Marktführer zu spielen, hätten sich am ehesten noch Kuwait und die VAE leisten können. Gerade diese beiden Staaten aber hatten aufgrund ihrer engen Verflechtung mit den Zentren der westlichen Wirtschaft daran das geringste Interesse²⁷).

Neben die technischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten dieser Staaten tritt eine weitere Form der Abhängigkeit: die militärische. Alle Golfmonarchien haben in den siebziger Jahren mit Einbruch des Ölreichtums ihre Militärausgaben entsprechend ihren Öleinnahmen gesteigert und erheblich aufgerüstet, sowohl nach außen wie nach innen. So lagen die saudischen Militärausgaben

konstant bei 35 bis 43 Prozent der Staatseinnahmen: In laufenden Preisen wuchs damit das saudische Militärbudget in den acht Jahren von 1971/72 bis 1979/80 um das Zehnfache²⁸).

Dabei ließen die Golfmonarchien ihre Streitkräfte durchweg mit modernstem Gerät ausstatten und wurden damit in erheblichem Maße von den Herstellern und den Herkunftsländern dieser Waffen abhängig. Meist blieben sie auf amerikanische und andere Experten angewiesen, um mit den importierten Waffensystemen umzugehen²⁹). US-amerikanische Quellen berichteten, daß die hochmodernen AWACS-Flugzeuge, die Saudi-Arabien 1981 als Kernstück seines Luftverteidigungssystems gekauft hatte, ohne amerikanische Technikerunterstützung nur wenige Tage funktionsfähig seien³⁰). Die Zahl der Berater aus den USA, Großbritannien und Frankreich in der saudischen Armee soll in den achtziger Jahren mehr als 10000 betragen haben – dies entspricht einem westlichen Berater für je sieben bis acht saudische Militärangehörige³¹). Nicht zuletzt die Golfkrise hat deutlich gemacht, daß die GCC-Staaten trotz ihrer enormen Aufrüstung militärische Sicherheit nicht erreichten und auch kaum werden erreichen können. Nicht von ungefähr hatte gerade die saudische Führung, obwohl sie eine permanente Stationierung von US-Truppen auf saudischem Boden stets abgelehnt hatte, ihre Krisenplanung darauf abgestellt, daß ihr nötigenfalls US-amerikanische Hilfe zur Verfügung stehen werde: Bereits in den siebziger Jahren waren Militärflughäfen mit überzähligen Rollbahnen und andere Einrichtungen zur Aufnahme ausländischer Truppen errichtet worden³²). So erklärt sich, daß 1990 die kurzfristige Verlagerung einer halben Million amerikanischer Truppen nach Saudi-Arabien kaum auf infrastrukturelle Probleme stieß.

Die enge militärische Kooperation der GCC-Staaten mit dem Westen kann möglicherweise noch auf

²⁴ Vgl. Nasra Shah/Sulayman al-Qudsi, *The Changing Characteristics of Migrant Workers in Kuwait*, in: *International Journal of Middle East Studies*, 21 (1989), S. 51; H. A. al-Ebraheem (Anm. 20), S. 44.

²⁵ Im Falle Kuwaits, das seit 1986 mehr Einkommen aus seinen Auslandsinvestitionen zieht als aus seinen Exporten, wird dies besonders deutlich. Vgl. zu den Staatseinnahmen Kuwaits: Joe Stork/Ann Lesh, *Background to the Crisis: Why War?*, in: *Middle East Report*, 20 (1990) 167, S. 11–18 (Tab. S. 15).

²⁶ Vgl. H. Bowen-Jones (Anm. 19).

²⁷ Vgl. Sefik Alp Bahadir, Saddam Hussein und der „Club der Reichen“. Wirtschaftliche Hintergründe des irakischen Überfalls auf Kuwait, in: Bahman Nirumand (Hrsg.), *Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost*, Reinbeck 1990, S. 112ff., und ders., *Öl macht nicht glücklich. Der Streit um den begehrten Rohstoff entzweit die Bruderländer*, in: *Die Zeit* vom 19. 10. 1990.

²⁸ Vgl. N. Safran (Anm. 21), Tabellen S. 182f., 421.

²⁹ Vgl. ebd. S. 206ff.; H. A. al-Ebraheem (Anm. 20), S. 104; Ursula Braun, *Der Kooperationsrat arabischer Staaten am Golf: Eine neue Kraft? Regionale Integration als Stabilitätsfaktor*, Baden-Baden 1986, S. 67ff.

³⁰ Vgl. N. Safran (Anm. 21), S. 441.

³¹ Vgl. ebd.; auch in anderen GCC-Armeen ist die Zahl ausländischer Berater und Soldaten sehr groß. Vgl. Hanns W. Maull, *Zusammenarbeit am Golf? Der Gulf Cooperation Council (GCC)*, in: Fred Scholz (Hrsg.), *Die Golfstaaten: Wirtschaftsmacht im Krisenherd*, Braunschweig 1985, S. 183f.; U. Braun (Anm. 29), S. 66.

³² Vgl. N. Safran (Anm. 21), S. 447; Joe Stork/Martha Wenger, *The US in the Persian Gulf: From Rapid Deployment to Massive Deployment*, in: *Middle East Report*, 21 (1991) 168, S. 22–26.

geraume Zeit deren Bestand und innere Ordnung sichern. Die militärische Abhängigkeit von ihren Hauptrüstungslieferanten schränkt allerdings ihre politische und wirtschaftliche Handlungsfreiheit ein. So standen Entscheidungen der saudischen Regierung über Ölmengen und Ölpreise mehrfach in unmittelbarem Zusammenhang mit laufenden saudisch-amerikanischen Verhandlungen über Rüstungslieferungen³³). Zudem ist die Logik militärischer Sicherheit ohnehin zweifelhaft: Nicht neue militärische Strukturen, schreibt der kuwaitische Soziologe Khaldun al-Naqib, sondern nur eine umfassende und vom Westen relativ unabhängige Entwicklung könne langfristig Sicherheit und Stabilität der Region garantieren³⁴).

3. Rüstung und Unterentwicklung

Rüstung und Aufrüstung können nicht nur politische Abhängigkeiten schaffen, sie hemmen auch allein durch ihr Ausmaß wirtschaftliche und soziale Entwicklungsbemühungen. Der Nahe Osten ist weltweit die am stärksten durch Rüstungsausgaben belastete Region: Während die NATO-Staaten zwei bis sechs Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Militär und Rüstung ausgeben, liegt der entsprechende Anteil in den meisten nahöstlichen Staaten erheblich höher: Jordanien und Syrien wandten in den achtziger Jahren zwischen 13 und

17 Prozent, Israel und Saudi-Arabien um 20 Prozent, der Irak seit 1983 über 24 Prozent – Schätzungen gehen bis zu 50 Prozent – ihres BIP für Militärausgaben auf³⁵). Angesichts des irakisch-iranischen Krieges und innerer Probleme haben die arabischen Golfstaaten während der Rezession der achtziger Jahre, als sie es sich also am wenigsten leisten konnten, ihre Militärausgaben weiter gesteigert und zudem die irakischen Kriegsaufwendungen finanziell unterstützt³⁶). Für die weniger wohlhabenden Frontstaaten im arabisch-israelischen Konflikt – Ägypten, Jordanien, Syrien und Israel – bedeuten ihre hohen Militäraufwendungen schon seit langem eine schwere ökonomische Bürde, die notwendige Entwicklungsinvestitionen verhindert und Humanressourcen verschleudert, indem gut ausgebildete Kräfte aus zivilen Sektoren in besser bezahlte Positionen beim Militär abgezogen werden. In kriegs- und bürgerkriegsbelasteten Staaten wie Sudan oder Somalia ist der direkte Zusammenhang von Rüstung und der Zerstörung menschlicher Lebensgrundlagen offensichtlich. Frieden in der Region, bei lokalen Konflikten wie im Sudan, in der Westsahara oder in Kurdistan, vor allem aber im beherrschenden, Hochrüstung und militärische Einflußnahme in der gesamten Region legitimierenden arabisch-israelischen Konflikt, wäre deshalb auch eine entwicklungspolitische Notwendigkeit.

II. Entwicklungspolitische Erfordernisse

Der Krieg um Kuwait hat keines der drängenden nahöstlichen Probleme gelöst. Er hat die Region ärmer gemacht, und er hat ihr eine Reihe neuer

Probleme hinterlassen. Dazu gehören die materiellen Zerstörungen und das menschliche Elend im Irak und in Kuwait, neue Flüchtlingsströme und die Belastung von Ländern wie Jordanien und Jemen durch zu Hunderttausenden aus den Golfstaaten zurückkehrende Arbeitsmigranten. Gleichzeitig ist eine Debatte über die Neugestaltung der nahöstlichen Verhältnisse in Gang gekommen, in deren Rahmen zwar vor allem über neue Sicherheitsstrukturen, an zweiter Stelle aber auch über die politische, soziale und ökonomische Entwicklung der Region gesprochen wird. Aus einer Entwicklungsperspektive sind dabei zwei Aspekte von besonderer Bedeutung: die Frage der Ressourcenverteilung und der regionalen Kooperation sowie die politischen Strukturen der arabischen Staaten.

1. Ressourcenverteilung und Kooperation

Die ungleiche Ressourcenverteilung in der arabischen Welt wird zu Recht und seit langem als

³³) Vgl. N. Safran (Anm. 21), S. 301f., 404, 411.

³⁴) Khaldun Hassan al-Naqib, *ihimalat al-ta'awun wa-l-sira' bayn al-'arab wa-l-gharb* (Die Aussichten von Zusammenarbeit und Konflikt zwischen den Arabern und dem Westen), in: *al-Ahram* vom 8. 5. 1991.

³⁵) Vgl. SIPRI Yearbook 1990, *World Armaments and Disarmament*, Oxford 1990, S. 197ff.; *World Military and Social Expenditures 1989*, 13 (1989), S. 48; zum Irak vgl. Joseph A. Kechichian, *National Security*, in: H. C. Metz (Anm. 6), S. 244f.

³⁶) Vgl. SIPRI ebd.; zu den Hilfen der GCC-Staaten für Irak vgl. Gerd Nonneman, *Iraq, the Gulf States & the War – a changing relationship 1980–1986 and beyond*, London-Atlantic Highlands 1986, S. 95ff.; Abdul-Reda Assiri, *Kuwait's Foreign Policy. City State in World Politics*, Boulder u.a. 1990, S. 70f. Kuwait gab nominal in den achtziger Jahren nur zwischen 3,5 und 8,6 Prozent seines BIP für Militärausgaben aus (mit steigender Tendenz); unter Einbeziehung der kuwaitischen Kriegszuschüsse an Irak, die laut Assiri (S. 70) 1980–1988 insgesamt 13,2 Mrd. US-Dollar betrugen, liegen die kuwaitischen Sicherheitsaufwendungen allerdings bei etwa dem Doppelten des nominalen Militärbudgets.

Entwicklungshindernis gesehen. In der einen oder anderen Form ist hier von vielen Stimmen immer wieder verlangt worden, häufig unter gleichzeitiger Kritik an den Investitionen arabischer Petrodollars im Westen, daß die arabischen Öleinkommen zugunsten arabischer Entwicklungsbemühungen und zugunsten der politischen Sache der Araber eingesetzt werden sollten³⁷). Im Verlauf der Golfkrise und nach dem Ende des Krieges haben auch westliche Politiker – im wesentlichen unter dem Aspekt zukünftiger Stabilität – einen gewissen Ressourcenausgleich zwischen armen und reichen arabischen Staaten verlangt und erklärt, daß Wiederaufbau und zukünftige Entwicklung der Region vor allem aus regionalen Mitteln finanziert werden müßten³⁸). Von den Golfmonarchien sind Forderungen nach einer Umverteilung innerhalb des arabischen Staatensystems allerdings stets zurückgewiesen worden. Leistungen an andere arabische Staaten waren und sind ihrem Verständnis nach freiwillige Maßnahmen der Entwicklungshilfe oder der politischen Unterstützung³⁹). In den siebziger Jahren war die Entwicklungshilfe der Golfstaaten im internationalen Vergleich tatsächlich beachtlich; mit der Rezession der achtziger schrumpfte sie jedoch spürbar⁴⁰). Die Auswirkungen von Golfkrise und -krieg ließen die Bereitschaft der GCC-Staaten, sich auf irgendeine Form des Ressourcenausgleichs verpflichten zu lassen, eher noch abnehmen. Erstens ist die verfügbare Masse geringer geworden: Nicht nur der Wiederaufbau Kuwaits wird zu einem großen Teil aus den Reserven dieses Staates oder aus Anleihen finanziert werden müssen, sondern auch die laufenden Ausgaben der meisten GCC-Staaten. Das gilt auch für Saudi-Arabien, dessen Belastung durch den Golfkrieg seinen Gewinn aus gestiegenen Ölpreisen klar übersteigt⁴¹). Die GCC-Staaten sind nicht verarmt, aber sie sind auch nicht mehr die phantastisch reichen Länder, als die sie häufig erscheinen⁴²).

Zweitens neigen die Golfstaaten derzeit noch stärker als vor dem Golfkrieg dazu, ihre Zuschüsse nach politischen Kriterien zu verteilen. So beschlossen die GCC-Mitglieder im April 1991, einen zunächst mit fünf Mrd., im Laufe von zehn Jahren mit insgesamt zehn bis 15 Mrd. US-Dollar ausgestatteten Fonds zur Unterstützung der von der Golfkrise geschädigten arabischen Staaten einzurichten. Die Mittel aus diesem Fonds sollen, wie erklärt wurde, vor allem Ägypten und Syrien, die während des Kriegs auf saudisch-kuwaitischer Seite gekämpft haben, zufließen, auf keinen Fall aber Staaten wie Jordanien und Jemen, die der anti-irakischen Allianz ihre Unterstützung versagten⁴³). Syrien und Ägypten werden somit voraussichtlich stärker als früher von finanzieller Hilfe aus den Golfstaaten profitieren⁴⁴). Wahrscheinlich werden auch syrische und vor allem ägyptische Arbeitskräfte einen Teil der jordanischen und palästinensischen Arbeitsmigranten am Golf ersetzen⁴⁵). Letztlich bedeutet dies eher eine regionale Neuverteilung des begrenzten Zugangs der mittleren und ärmeren Staaten zu den Ressourcen der ölreichen Staaten als eine Umverteilung zwischen Reich und Arm.

Unabhängig von der Frage der Ressourcenverteilung bleiben wirtschaftliche Kooperation und Integration für die arabischen Staaten aktuell. Auch die von der arabischen Entwicklungstheorie immer wieder geforderte gesamtarabische Option, die bei der Koordination innerarabischer Entwicklungshilfe und nationalstaatlicher Entwicklungspläne ansetzt, schrittweise auf einen gemeinsamen Markt und langfristig auf eine vollständige ökonomische und politische Einheit zusteuert⁴⁶), bleibt prinzipiell sinnvoll, wengleich sie die Außenabhängigkeiten der arabischen Staaten allenfalls reduzieren, nicht beseitigen könnte. Die Praxis der vergangenen Jahre zeigte eher ein Abrücken vom Ziel

³⁷) Vgl. Muti' al-Mukhtar, *mas'alat al-naft al-'arabi, ay dawr fi al-ma'raka?* (Die Frage des arabischen Öls, welche Rolle in der Schlacht?), in: *al-Wahda*, 4 (1988) 45, S. 26ff.; H. A. al-Ebraheem (Anm. 20), S. 83f.

³⁸) Vgl. Yahya Sadowski, *Arab Economies after the Gulf War. Power, Poverty, and Petrodollars*, in: *Middle East Report*, 21 (1991) 170, S. 4.

³⁹) Die „Erklärung von Damaskus“ vom 6. 3. 1991, mit der sich die sogenannte 6+2-Gruppe (GCC, Ägypten und Syrien) gründete, spricht in dieser Hinsicht sehr deutlich von der „Souveränität jedes arabischen Staates“ über seine Ressourcen – und erteilt damit allen Umverteilungsforderungen eine deutliche Absage.

⁴⁰) Vgl. Weltbank (Anm. 3), S. 246f.

⁴¹) Vgl. Y. Sadowski (Anm. 38), S. 6f.

⁴²) Angesichts des hohen Pro-Kopf-Einkommens der Golfstaaten-Staatsbürger wird die Wirtschaftskraft dieser Staaten leicht überschätzt. Tatsächlich beträgt das gesamte BIP aller

sechs GCC-Staaten kaum zwölf Prozent dessen der alten Bundesrepublik Deutschland (Zahlen für 1988), vgl. Weltbank (Anm. 3).

⁴³) Vgl. *Middle East Economic Digest* vom 10. 5. 1991, S. 19; *al-Ahram* vom 15. 4. 1991.

⁴⁴) Bereits während der Golfkrise haben Saudi-Arabien und Kuwait ägyptische Schulden gestrichen und Ägypten wie Syrien mit geschätzten 1,5 bzw. 1 Mrd. US-Dollar an Krediten oder Zuschüssen unterstützt. Vgl. Y. Sadowski (Anm. 38), S. 5.

⁴⁵) Zu entsprechenden offiziellen kuwaitischen Erklärungen vgl. *al-Ahram* vom 11. 5. 1991.

⁴⁶) Vgl. M. al-Humsi (Anm. 4); Yusuf Sayigh, *al-tanmiya al-'arabiyya wa-l-muthallath al-harij* (Arabische Entwicklung und das kritische Dreieck), in: 'Adil Husayn u. a., *al-tanmiya al-'arabiyya: al-waqi' al-rahin wa-l-mustaqbal* (Arabische Entwicklung. Gegenwärtige Lage und Zukunft), Beirut 1984, S. 111ff.

des großen, gesamtarabischen Wurfs und eine pragmatische Tendenz zur Schaffung subregionaler Gemeinschaften innerhalb der arabischen Welt. 1981 wurde der GCC gegründet, 1989 schufen Irak, Ägypten, Jordanien und Nord-Jemen den Arabischen Kooperationsrat (ACC), und Mauretanien, Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen bildeten die Arabische Maghreb-Union. Bereits vor der Golfkrise schien dabei die Maghreb-Union am ehesten von ernsthaftem Willen zu echten politischen und wirtschaftlichen Integrationsritten getragen zu sein⁴⁷⁾. Der ältere GCC war trotz seiner wirtschaftspolitischen Dimension in erster Linie ein Sicherheitsbündnis⁴⁸⁾, der ACC vor allem ein politisches Instrument, das Irak und Ägypten im Spiel um regionalen Einfluß zu nutzen suchten⁴⁹⁾. So hat auch die Maghreb-Union Golfkrise und -krieg relativ unbeschadet überstanden, der ACC zerbrach praktisch mit der irakischen Invasion. Die Mitglieder des GCC sind militärisch enger zusammengedrückt und dürften in Zukunft ihrer Umwelt gegenüber auch noch stärker als wirtschaftlicher Block auftreten. Dies muß allerdings nicht heißen, daß die im Innenverhältnis fortbestehenden Spannungen der einzelnen GCC-Führer, die eine engere Koordination bislang behindert haben, in Zukunft keine Rolle mehr spielen werden.

Wie erwähnt, dürften die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem GCC einerseits und Syrien und Ägypten andererseits sich verstärken. Syrien und Ägypten werden voraussichtlich in begrenztem Umfang private Investitionen aus den Golfstaaten anziehen und verstärkt Agrarprodukte und industriell gefertigte Konsumwaren in den GCC exportieren können. Dies alles bedeutet viel weniger als eine Koordination der Entwicklungsplanung oder gar eine wirtschaftliche Integration. So zeigten die GCC-Staaten, die sich im März 1991 mit Ägypten und Syrien zu einem sicherheits- und wirtschaftspolitischen Bündnis zusammengeschlossen hatten, ihren neuen Partnern sehr bald, wo die Grenzen der vereinbarten wirtschaftlichen Kooperation liegen. Nicht nur gingen ägyptische Bauunternehmen bei der Verteilung der Aufträge zum Wiederaufbau Kuwaits weitgehend leer aus, die GCC-

Außenminister machten auch deutlich, daß sie eine Beteiligung des IWF und der Weltbank an der Verwaltung ihres neuen, vor allem zur Unterstützung Ägyptens und Syriens eingerichteten Entwicklungsfonds wünschen. Dies wurde damit begründet, daß man sich von der Mitwirkung internationaler Finanzorganisationen eine bessere Zahlungsmoral der „arabischen Brüder“ verspreche – sehr zum Ärger in Ägypten, das sich zu jener Zeit in der Schlußphase harter Verhandlungen mit dem IWF befand⁵⁰⁾.

2. Politische Struktur und Entwicklungschancen

Letztlich, gerade nach dem Golfkrieg und angesichts des notwendigen Wiederaufbaus Kuwaits und Iraks, ist eine mehr als nur symbolische regionale Kooperation für die Entwicklung der arabischen Welt unverzichtbar⁵¹⁾, und zwar auf gesamtarabischer wie auf subregionaler Ebene und auch mit Randstaaten der Region wie der Türkei, Iran und auf lange Sicht Israel. Ob und wann die arabischen Staaten in dieser Hinsicht Fortschritte machen, hängt eng mit ihrer politischen Struktur zusammen. Das gilt ebenso für andere entwicklungsrelevante Fragen: ob etwa in den einzelstaatlichen Entwicklungsstrategien die Fehler der siebziger und achtziger Jahre vermieden werden, ob die Lasten der in fast allen Staaten notwendigen Strukturanpassung gerecht verteilt oder nur den gesellschaftlich Schwachen aufgebürdet werden, und welche Rolle die Privatwirtschaft, deren Bedeutung im Zuge wirtschaftlicher Liberalisierung in allen arabischen Staaten wächst, spielen wird – eine produktive, entwicklungsfördernde oder die einer geschützten und alimentierten Klientel der politischen Führungen.

Fast alle nahöstlichen Regime sind autoritär regiert, die meisten stützen sich, mehr oder weniger, auf Armee und Polizei, die Menschenrechtssituation in der Mehrheit der Staaten ist beunruhigend. Dies gilt für Monarchien vom Schlage Saudi-Arabiens oder Marokkos nicht anders als für republikanische Systeme wie das syrische, das libysche oder – ganz offensichtlich – das irakische. Diese autoritäre, repressive Herrschaft begünstigt Korruption, schafft Rechtsunsicherheit, schränkt grenzüberschreitende Kontakte ein, treibt kritische Geister außer Landes und erleichtert die Ein-

⁴⁷⁾ Vgl. zu Maghreb-Union und ACC: Hanspeter Mattes, Die „Union du Maghreb Arabe“ (UMA): Hintergründe und politisch-ökonomische Perspektiven, und Thomas Koszinowski, Der Arabische Kooperationsrat, beide in: Nord-Süd aktuell, 3 (1989) 1, S. 85–93.

⁴⁸⁾ Vgl. H. W. Maull (Anm. 31), S. 174; S. A. Bahadir, in: B. Nirumand (Anm. 27), S. 102.

⁴⁹⁾ Vgl. S. A. Bahadir, ebd., S. 106; T. Koszinowski (Anm. 47).

⁵⁰⁾ Vgl. sanduq al-khalij wa-l-tanmiya al-'arabiyya (Der Golf-Fonds und die arabische Entwicklung), in: al-Ahram vom 27. 4. 1991.

⁵¹⁾ Vgl. Franz Nuscheler, Dollars oder Petrodollars? Die Finanzierung des Wiederaufbaus, in: G. Krell/B. W. Kubbig (Anm. 12), S. 181; K. H. al-Naqib (Anm. 34).

flußnahme potenter inländischer oder ausländischer Interessen auf politische Entscheidungen. Die starke Stellung des Militärs und der Sicherheitskräfte sichert diesen politische und ökonomische Privilegien und behindert – in der Regel – die Suche nach friedlichen Lösungen für innere und äußere Konflikte. Der Ausschluß der Bevölkerung von Entscheidungsprozessen determiniert Inhalte und Erfolg von Entwicklungsstrategien; er begünstigt politische Entscheidungen, die den engen Interessen der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten entsprechen, und er behindert die Entfaltung von Initiative und Verantwortungsbeußsein.

In der arabischen akademischen Debatte ist seit einigen Jahren, nicht zuletzt mit den osteuropäischen Veränderungen, aber auch im Zusammenhang einer der eigenen Erfahrung entstammenden Kritik des Nasserismus und Baathismus, mehr und mehr betont worden, daß Entwicklung Demokratie und den Abbau autoritärer Herrschaft verlangt. Gleichzeitig sind in einer Reihe arabischer Staaten Basisbewegungen entstanden, die – den jeweiligen Bedingungen entsprechend – unter mehr oder weniger lautem Protest Demokratie und Menschenrechte eingefordert haben. Zum Teil geschah dies erfolgreich. Sowohl der jordanische König wie das seinem Anspruch nach sozialistische Einparteiensregime in Algerien wurden 1989 bzw. 1990 gezwungen, freie Wahlen durchführen zu lassen und den Spielraum oppositioneller Bewegungen spürbar zu erweitern. Daß bei den jordanischen Parlamentswahlen und den algerischen Kommunalwahlen, die für Jordanien seit 1956 und für Algerien überhaupt die ersten freien Wahlen darstellten, religiös-konservative Elemente den größten Erfolg erzielten⁵²), löste bei vielen westlichen Beobachtern Besorgnisse aus, entsprach aber tendenziell den Erscheinungen in Osteuropa bei den ersten Wahlen nach dem Zusammenbruch der dortigen Einparteiensregime. Auch in anderen Staaten der arabischen Welt zeigten sich vorsichtige Anzeichen einer Demokratisierung. So hat die Vereinigung der beiden Jemen im Mai 1990 offensichtlich eine

⁵²) Vgl. zu den Wahlen und ihren Hintergründen: Kamal S. Abu Jaber/Shirin H. Fathi, *The Jordanian parliamentary elections*, in: *Orient*, 31 (1990) 1, S. 67–86; Arun Kapil, *Algeria's Elections Show Islamist Strength*, in: *Middle East Report*, 20 (1990) 166, S. 31–36.

erhebliche Erweiterung politischer Freiheitsrechte bewirkt⁵³), Ägypten weist eine zunehmend selbstbewußte Opposition, eine politisch unabhängige Justiz und eine vergleichsweise pluralistische Presselandschaft auf⁵⁴), und auch die palästinensische Intifada ist eine tendenziell demokratische Angelegenheit, weil sie Selbstvertrauen und Selbstorganisation der Menschen an die Stelle blinden Vertrauens in die Kraft arabischer Armeen oder Führer setzt⁵⁵).

Golfkrise und -krieg bedeuteten einen Rückschlag für die arabische Demokratiebewegung. Während des Krieges wurde die politische Debatte zum Teil um Jahre zurückgeworfen⁵⁶), die meisten Regime gingen im Schatten der Krise gegen ihre innere Opposition vor, das irakische Regime überlebte und das im Innern weitgehend diskreditierte kuwaitische konnte sich mit internationaler Hilfe erneut etablieren. Ob die Chancen für Frieden, Demokratie und Entwicklung nach Ende des jüngsten Golfkriegs besser stehen als vorher, ist zweifelhaft. Die vorrangige Diskussion um Sicherheitsstrukturen zur Stabilisierung delegitimierter Regime und die Planung gewaltiger neuer Aufrüstungsprogramme für die Region⁵⁷) dient diesen Zielen nicht. Andererseits hat die Katastrophe des Golfkriegs der arabischen Öffentlichkeit in aller Deutlichkeit bewiesen, wie unfähig zu einer eigenständigen Lösung, wie abhängig also die gegenwärtigen arabischen Führer sind, und sie hat eine neue Demokratiedebatte ausgelöst, der sich auch die herrschenden Regime nicht völlig entziehen können. Beides mag dazu beitragen, notwendige politische Strukturveränderungen zu beschleunigen.

⁵³) Vgl. Sheila Carapico, *Yemen: Unification and the Gulf War*, in: *Middle East Report*, 21 (1991) 170, S. 26 u. 47.

⁵⁴) Vgl. Ahmad Abdalla, *Mubarak's Gamble*, in: *Middle East Report*, 21 (1991) 168, S. 18–21; vgl. insgesamt Wahid 'Abd al-Majid, *al-dimuqratiyya fi al-watan al-'arabi* (Die Demokratie im arabischen Vaterland), in: *al-mustaqbal al-'arabi*, 13 (1990) 138, S. 80–94.

⁵⁵) Vgl. zur Intifada Alexander Flores, *Intifada. Aufstand der Palästinenser*, Berlin 1989².

⁵⁶) Vgl. Volker Perthes, *Nach dem Golf-Krieg: Arabische Perspektiven*, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung* (1991) 4/5 vom 31. Mai 1991, S. 8.

⁵⁷) Allein die US-Regierung hat in ihrem Jarvits-Bericht angekündigt, im Jahre 1991 Rüstungsgüter im Wert von 18 Mrd. US-Dollar in die arabischen Staaten der Region zu liefern. Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 9. 3. 1991.

Namo Aziz

Die Kurden

Ein Volk auf der Suche nach seiner Identität

I. „Kurdistan“ nach dem Golfkrieg

Seit einiger Zeit hört die Weltöffentlichkeit von einem Volk, dessen Name lange Zeit in den Bereich des Legendären verwiesen wurde. Insbesondere die Deutschen kennen es oft nur durch die unterhaltsamen Ausführungen Karl Mays, etwa im Roman „Durchs wilde Kurdistan“, geschrieben von einem Autor, der dieses Land und diese Leute, die er als kriegslüstern schildert, nie selbst sah und sich auf die Schilderungen Layards aus dem Jahre 1849 stützt, die nach abenteuerlichen Reisen in den Nahen Osten entstanden waren. Das Leid dieses Volkes zwingt die Menschen im Westen, die den Krieg gegen den Irak zur Befreiung Kuwaits als totalen Fernsehfeldzug in deutschen Wohnzimmern verfolgten, umzudenken und ihre romantischen Vorstellungen von den Kurden, deren Schicksal als Unterhaltungsstoff im deutschen Bücherschrank ruhte, zu revidieren.

Ein Blick in die kurdischen Berge eröffnet jedem Betrachter das Bild einer Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes. Hunderttausende irakischer Kurden sind seit März/April 1991 auf der Flucht, bepackt mit dem Lebensnotwendigsten, in Schutzlagern hausend, die ihnen das Überleben sichern sollen. Noch stehen diese Lager unter dem internationalen Schutz, noch appelliert die Weltpresse an die moralische Verantwortung der Mächtigen, einem Volk zu helfen, das vom Aussterben bedroht ist. Eine weltweite Hilfsaktion unter dem Stichwort „Kurdistan“ ist angelaufen; Bundesaußenminister Genscher bereiste die kurdischen Flüchtlingslager im Iran und veranlaßte eine Aufstockung der Spendengelder. Bis in Milliardenhöhe sind die Mittel angewachsen, doch gleichzeitig wird bekannt, daß nicht alle Mittel ihre Zielorte erreichen.

Immer noch sterben täglich Hunderte von Menschen, vor allem Kinder, die den Strapazen der Flucht nicht gewachsen sind. Zudem zeigten sich die jeweiligen Regierungen im Iran oder in der Türkei dem Ansturm von Flüchtlingen und der Bewältigung der sich dadurch ergebenden Probleme wenig gewachsen, auch wenn der amerikanische Außenminister Baker nach einem kurzen

Überfliegen der Grenzregionen die „humanitären Leistungen der Türkei“ würdigte. Viele Wochen lang weigerten sich türkische Behörden, wenigstens die Schwachen unter den Flüchtlingen wie Schwangere, Kranke, Kinder und Gebrechliche von den eisigen Bergen in die Täler zu holen.

Nach Beendigung des Golfkrieges sprach Präsident Bush von einer „neuen Ordnung“ im Nahen Osten. Unter den dortigen politisch maßgeblichen Mächten schien schnell Übereinstimmung darüber zu herrschen, daß die Kurden keinen eigenen Staat bekommen sollen. Auch der UNO geht es in ihrem Beschluß 688 nur um den Schutz von Minderheiten, den kurdischen im Norden des Irak wie den schiitischen im Süden. Die berühmte „neue Ordnung“ beinhaltet somit keineswegs die Realisierung eines uralten Traumes großer Teile des kurdischen Volkes von einem eigenen Staat.

Völlig unerwartet ergriffen Ende April dieses Jahres die Kurdenführer im Irak, Jalal Talabani und Massoud Barzani, die Initiative und kamen einer Einladung des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein nach, um über eine neue Autonomievereinbarung für die Kurden im Norden des Irak zu verhandeln. Empört sprach die Weltpresse vom „Pakt mit dem Teufel“, von „Bruderküssen der ungewöhnlichsten Art“. Die Skepsis schien angebracht. Zwar wurde im Geist des Vertrauens verhandelt, doch wurden Übereinkünfte zwischen Parteien erzielt, die im Umgang miteinander nur schlechte Erfahrungen haben. Den Gesprächen lag das sogenannte März-Abkommen aus dem Jahre 1970 zugrunde, das zwischen Bagdad und dem damaligen Rebellenführer Mullah Mustafa Barzani abgeschlossen wurde. Das Abkommen folgte einer langen bewaffneten Auseinandersetzung der kurdischen Freiheitskämpfer, Peschmerga („die dem Tod entgegensehen“), mit den Soldaten der Irakischen Revolutionsgarde. Der iranische Schah unterstützte die Kurden und setzte sie als Druckmittel gegen Bagdad ein, um den im achtjährigen Iran-Irak-Krieg umkämpften Schatt-al-Arab als neue Grenze durchzusetzen. Als ihm dies im Algier-Abkommen von 1975 gelungen war, bezahlte

er das Zugeständnis von Bagdad mit dem Leben vieler tausend kurdischer Freiheitskämpfer, deren Unterstützung er abrupt abbrach und sie damit der blutigen Rache Saddams freigab.

Das unter derartig fragwürdigen Bedingungen zustande gekommene März-Abkommen hielt in der Praxis nicht einmal bis zum Algier-Abkommen von 1975. Als das Baath-Regime die kurdischen Ölstädte Kirkuk und Khanaqin für sich behielt, begann der erneute Guerillakrieg. Die anfangs so positiv beurteilten Verhandlungsergebnisse entpuppten sich für die Kurden als einfache Übertölpelung einer kooperationswilligen Fraktion aus den eigenen Reihen. Auch die jüngsten Verhandlungen in Bagdad werfen ihre Schatten voraus. Wieder sind es die Fragen um die Nutzung der reichen Städte Kirkuk und Mossul, an denen sich die Verhandlungspartner festfahren, wieder befürchten die Kurdenverbände das altbewährte Mittel der Baath-Partei, einen neuen Krieg, und rufen auf.

Sind die UNO-Truppen erst aus dem Land, so scheint die nächste blutige Auseinandersetzung zwischen den Kurden und dem mächtigen Mann in

Bagdad vorprogrammiert. Talabani sagte für den Fall des Abzuges der US-Truppen erneute Unruhen im Norden Iraks voraus. Saddams Verhandlungsbereitschaft basiert in erster Linie auf dem Wissen, daß er seine Macht nur erneut konsolidieren kann, wenn er einerseits freie Hand gegen seine Gegner hat und andererseits das durch Krieg und Bürgerkrieg zersplitterte und vollkommen verarmte Volk Iraks wieder hinter sich weiß. Die Hoffnungen der Kurden hingegen basieren auf dem Wissen, daß eine Regierung, wie die unter Saddam, nur unter internationalem Druck zu Zugeständnissen bereit sein wird.

Es scheint den Lehren aus der Geschichte zu widersprechen, sollten die Verhandlungen zu einem Erfolg für die Kurden werden. Daß das uralte Problem eines rebellischen oder besser: rebellisch gemachten Volkes auf diese Weise gelöst werden kann, glauben am wenigsten die flüchtenden Kurden selbst, die den Friedensversicherungen ihrer politischen „Vertreter“ keinen Glauben schenken und ohne Schutzgarantie nicht in die verlassenen Heimatstädte zurückkehren wollen. Was den Kurden bleibt, ist die Hoffnung auf eine internationale Verantwortung für das Überleben eines Volkes.

II. „Kurdistan“ und die Kurden

Das kurdische Gebiet ist aufgeteilt auf fünf Länder: die Türkei, den Iran, Irak, Syrien und die Sowjetrepublik Armenien. Die abweisende Bergwelt vom östlichen Taurus und der Zagros-Kette, die sich vom Nordwesten nach Südosten erstreckt, bildet den Kern einer Landschaft, die erobernde Armeen schon immer fernhielt und eine Zuflucht für Verfolgte und Straffällige darstellte. Noch heute ist beispielsweise der kurdische Norden des Irak ein bekannter und relativ sicherer Weg ins Ausland für flüchtende Iraker.

Trotz der natürlichen Unzugänglichkeit des kurdischen Gebietes wurde es mehrfach erobert und aufgeteilt, so daß von einem Staat Kurdistan nie die Rede war. Die strategisch günstige Lage zwischen den Großmächten im Mittleren Osten, den Persern und Osmanen, legte die heutige Grenze zwischen Iran, Irak und Türkei fest. Die britischen und französischen Eroberungen im Ersten Weltkrieg trennten Syrien und den Irak vom Osmanischen Reich.

Schätzungen über die Gesamtzahl der Kurden gehen weit auseinander. Entweder werden sie bei Volkszählungen nicht gesondert aufgeführt oder

die jeweiligen Beauftragten bedienen sich einer sehr engen Auslegung des Begriffes „Kurde“, so daß nur ein Bruchteil der Kurden erfaßt wird. Insbesondere in der Türkei fanden die Kurden bis vor kurzem überhaupt keine Anerkennung als ethnische Gruppe. Man schätzt, daß insgesamt über 20 Millionen Kurden im kurdischen Gebiet leben, wobei etwa zwölf Millionen im Osten der Türkei, sechs Millionen im Westen des Iran, vier Millionen im Norden des Irak, über eine halbe Million in Syrien und knapp eine Viertelmillion in der Sowjetunion leben. Mit dieser Zahl stellen sie die größte Minderheit eines Volkes ohne Land in der Welt dar.

Im Unterschied zur üblichen Vorstellung von den Kurden sind sie nur zu einem sehr geringen Teil Nomaden. Die meisten von ihnen arbeiten als Ackerbauern. Berühmt sind die kurdischen Ebenen Iraks und Syriens als die ehemaligen „Kornkammern Mesopotamiens“, wobei sie dies allerdings heute im Irak nach einer Politik der „Verbrannten Erde“, die besonders unter Saddam betrieben wurde, kaum mehr sein dürften. Wichtigste Verkaufsprodukte sind Tabak und Baumwolle. Im unzugänglichen Berggebiet der Kurden leben

die Ackerbauern relativ unbehelligt und dürfen das von ihnen bearbeitete Land ihr eigen nennen. In den Ebenen hingegen haben die meisten Bauern ihr Land gepachtet und bezahlen dem häufig in der Stadt lebenden Eigentümer einen festgesetzten Anteil des Ertrages. Aufgrund der islamischen Erbschaftsregeln, wonach alle Söhne den gleichen Anteil am väterlichen Besitz erhalten, ist das Land oft in zahlreiche winzige Parzellen aufgeteilt, die zu klein sind, um eine Familie zu ernähren. Hinzu tritt die schlechte industrielle und maschinelle Versorgung der Bauern mit Weiterverarbeitungseinrichtungen wie Traktoren und Erntemaschinen.

Die wirtschaftliche Unerschlossenheit der kurdischen Bergdörfer hat auch ihren Grund in der bewußten Vernachlässigung wichtiger Voraussetzungen einer Industrialisierung, wie beispielsweise der Erschließung des Landes durch ausgebaute Straßenverbindungen. Ein unnatürlich gewachsenes Straßennetz macht oft lange Umwege nötig, weil die Straßen immer nur zu den jeweiligen Distrikt- oder Provinzhauptstädten führen. Trotzdem haben europäische Billigprodukte die heimischen Artikel vom Markt verdrängt. Und die bestehenden Mechanikbetriebe sind im internationalen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig und tragen mit Billiglöhnen zur weiteren Verarmung der Bevölkerung bei. Wachsender Arbeitsmangel und Bargeldbedarf zwingen zahlreiche Familien zur Migration in industrielle Zentren außerhalb Kurdistans oder – insbesondere im Falle der türkischen Kurden – ins europäische Ausland.

Die meisten Kurden sind orthodoxe sunnitische Moslems und folgen der Schafi'i-Tradition, einer der vier islamischen Rechtsschulen. Generell vertreten die Sunniten jene orthodoxe islamische Richtung, die die Sunna, die Sammlung der von Mohammed überlieferten Bräuche und Verhaltensregeln gleichberechtigt neben den Koran, das „Heilige Buch“, stellt. Für die Schiiten hingegen stellt der Koran die einzige Richtschnur religiösen Lebens dar. Eng verbunden mit diesem Unterschied ist die Beurteilung der Legitimität der religiösen Herrscher, denn die Schiiten erkennen nur diejenigen Muslime als Imame an, die sich als direkte Nachkommen aus der Familie des Propheten ausweisen können.

Damit unterscheiden sich die sunnitischen Kurden von ihren nichtkurdischen Nachbarn: den Türken und den unmittelbar südlich vom kurdischen Gebiet lebenden Arabern, die zwar in ihrer Mehrheit auch Sunniten sind, aber der Hanafi-Rechtsschule angehörigen. Azeri-Türken, Perser und Luren sind Schiiten. Diese Tatsache ließ die Kurden oft zum

Opfer zahlreicher Verfolgungen werden. Daneben existieren in den Provinzen von Khanaqin und Kirmanschah mehrere große kurdische Stämme, die der Zwölfer-Schia, der offiziellen Religion im Iran, angehören. Die unterschiedliche Religionszugehörigkeit dieser Gruppen führte häufig zur Zurückhaltung, wenn sich ihre sunnitischen Landsleute im Norden in nationalistischen Aufständen erhoben wie in den zwanziger Jahren, 1946 und in den Jahren seit 1979. Nicht vergessen werden sollte eine heterodoxe Sekte, die Yezidi, die oft fälschlich und herabsetzend „Teufelsanbeter“ benannt werden. Sie zeigen ganz offen ihren nicht-islamischen Charakter und wurden deshalb von ihren islamischen Nachbarn seit jeher hart verfolgt. Viele von ihnen mußten ihre Heimat verlassen oder traten gezwungenermaßen zum Islam oder Christentum über.

Daneben existierten unter den Kurden schon immer christliche und jüdische Gemeinden, deren Bevölkerung häufig spezielle Handwerksarbeiten verrichtete oder Handel betrieb. Doch trotz ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung waren sie in den meisten Fällen politisch in einer untergeordneten Position. Oft genug beherrschte Intoleranz das Verhalten gegenüber Andersgläubigen, so daß viele kurdische Stammesführer die christlichen Bauern und Handwerker als ihr Privateigentum betrachteten. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an den grausamen Völkermord an den Armeniern von 1915, als die Jungtürken Kurden und türkische Bauern zum „Heiligen Krieg“ gegen die verhaßten Christen aufhetzten.

Das Kurdische zählt zur nord- oder südwestlichen Gruppe der iranischen Sprachfamilie. Dabei gibt es eine Reihe verschiedener Dialekte, die schon so ausgeprägt sind, daß beispielsweise eine Verständigung zwischen einem Kurden aus dem Norden, der Kurmanci spricht, und einem aus dem Süden, der Sorani spricht, oft unmöglich ist. Die politische und gesellschaftliche Zersplitterung der Kurden in verschiedene Staaten und Stämme wirkte sich verzögernd auf eine Vereinheitlichung der Sprache aus. Ergebnis dieser Fremdherrschaft ist es, daß die Kurden sich kaum mit ihrer Sprache beschäftigten und deren integrierende Kraft nutzten. So trugen Geschichtenerzähler und Sänger ihre Texte im jeweiligen Dialekt – oft noch mundartlich gefärbt – vor, doch wissenschaftliche Werke von Schriftstellern und Gelehrten wurden zumeist in anderen Sprachen verfaßt. Schriftsprache wurde somit in der Regel die Sprache der Eroberer, also Arabisch, Türkisch oder Persisch. Seit der Teilung des kurdischen Gebietes nach dem Ersten Welt-

krieg hat sich diese Entwicklung der Aufspaltung der kurdischen Sprache verstärkt. Immer mehr wurde sie von jeweils unterschiedlichen Lehnwörtern durchsetzt. Hinzu trat für die türkischen Kurden das langwährende Verbot, ihre Sprache offiziell zu benutzen, was wiederum den Kurden im Iran und Irak gewährt wurde. Es bildete sich ein kulturelles Nord-Süd-Gefälle, so daß die meisten kurdischen Zeitschriften und sonstige Veröffentlichungen im südlichen Dialekt Sorani verfaßt sind.

Die kurdische Gesellschaft zerfällt in eine große Anzahl verschiedener Stämme, die miteinander rivalisieren und sich gelegentlich auch bekämpfen. Jedem Stamm steht ein Führer (agha) vor, dem die Stammesmitglieder in der Regel bedingungslos

Folge leisten müssen. Machtverhältnisse und Autorität sind in Kurdistan personengebunden, wodurch eine Auseinandersetzung um Inhalte sehr erschwert wird. Die Rivalität der Aghas hat dazu geführt, daß die Großmächte mit der zersplitterten Nation leichtes Spiel hatten. Neben der politischen Autorität verfügen die Aghas auch über ökonomische Privilegien. Seit der großen Bodenreform des 19. Jahrhunderts im Osmanischen Reich stellen sie eine große Anzahl der Großgrundbesitzer in Kurdistan. Nicht selten besteht zwischen Volk und Aghas ein klassisches feudales Ausbeutungsverhältnis. Die Stammesführer können bestimmte „Feudalabgaben“ eintreiben oder gar unbezahlte Frondienste verlangen. Besonders schwer haben es Nicht-Stammesangehörige oder Mitglieder kleiner Minderheiten.

III. Geschichte der Kurden bis ins 19. Jahrhundert

Im Schmelztiegel der Geschichte zwischen den frühen Hochkulturen der Sumerer, Meder und Assyrer ist von den Vorvätern der Kurden, ehemaligen westiranischen Nomadenstämmen oder den „Karduchen“ die Rede. Wichtiger Zeitzeuge dieser Ur-Kurden war der um 400 v. Chr. lebende griechische Chronist Xenophon, dessen Marsch und der der griechischen Söldner ihn genau durch das kurdische Gebiet führte. Er beschrieb sie als tapfer, freiheitsliebend und gastfreundlich – Schilderungen, die in den späteren Reiseberichten Karsten Niebuhrs von 1773, James Claudius Richs von 1836, Henry Layards von 1849 und des preußischen Generalfeldmarschalls Helmuth von Moltke 1838 Entsprechungen finden. Lange vor den Arabern und Türken besiedelten die Kurden als drittgrößtes und ältestes Volk im Nahen Osten Ebenen und Berge um den Van-See. Erst mit der Islamisierung werden die Informationen über die Kurden eindeutiger. Als im 7. Jahrhundert die Nachfolger des Propheten Mohammed zum „Heiligen Krieg“ aufriefen, war auch das berühmte Reich der Sassaniden in Persien gemeint, dem unter anderem die Kurden angehörten. Trotz heftigen Widerstands von kurdischer Seite konnten sie sich gegen die religiösen Streiter Omars, des zweiten Kalifen, nicht behaupten. Mit den Siegeszügen der eindringenden Araber verbunden war die Zerstörung von Feuertürmen, Kultstätten und Tempeln der zoroastrischen Religion in weiten Teilen Kurdistans, der damaligen Staatsreligion der Sassaniden. Nur zögernd nahm die kurdische Bevölkerung den islamischen Glauben an; hartnäckig hielt sich die traditionelle Verehrung ihres Propheten Zarathustra.

Kaum nachdem sich die Kurden in ständiger Kampfbereitschaft gegen die Unterwerfer unter den Arabern eingerichtet und sich dem islamischen Glauben gebeugt hatten, drang ein um die Jahrtausendwende recht unbedeutender turkmenischer Stamm mit dem Häuptling Seldschük gen Südwesten vor. Schon im vierten Jahrhundert nach Mohammed hatte dieser Stamm den sunnitischen Glauben angenommen. Die den Sunniten verbindlichen Überlieferungen Mohammeds verlangten die absolute Unterwerfung Andersgläubiger, eine willkommene Legitimation für das kriegerische Volk der Seldschuken. Deren eigentliche Stärke war ein stehendes Heer. Die Offiziere wurden mit Ländereien entlohnt, mit deren Einkünften sie wiederum ihre Soldaten unterhielten. Auf diese Weise entwickelte sich nach und nach eine militärische Feudalaristokratie. Diese aggressive Expansionspolitik der Seldschuken trieb die Kurden in eine neue Phase des Widerstandes. Auch wenn das kurdische Volk in eine Vielzahl einzelner und häufig verfeindeter Stämme aufgespalten war, ließ es durch mehrfache Aufstände die Dynastie der Seldschuken nie zur Ruhe kommen. Es bildeten sich um das Zentrum Bahar sogar kleine kurdische Fürstentümer heraus.

Als das Seldschukenreich den Höhepunkt seiner Macht erreicht hatte, wurden von Papst Urban II. die christlichen Gläubigen aufgerufen, das Land Christi und besonders Jerusalem vor den drohenden Einfällen der Muslime zu bewahren. Zu Zehntausenden zogen die kriegerischen Rechtgläubigen auf christlicher wie muslimischer Seite in den Krieg mit der Gewißheit, daß „Gott“ bzw. „Allah“ diese

Handlung verlangt. In diesem blutigen Kampf um die religiös bemäntelte Macht hob sich ein kurdischer Herrscher hervor, dessen historische Bedeutung im Morgen- wie im Abendland anerkannt wird, Salah ad-Din Yusuf ibn Ayyub (1137–1193), genannt Saladin, „die gute Ordnung der Religion“, Sultan von Ägypten und Syrien, der Dynastie der Ayyubiden entstammend. Mit ihm an der Spitze wurde am 2. Oktober 1187 Jerusalem von den Kreuzrittern befreit, die hundert Jahre zuvor die Stadt eingenommen hatten. Die Befreiung Jerusalems bedeutete gleichzeitig eine wichtige Vorentscheidung für weitere Kreuzzüge. Es kam zu einem Waffenstillstand zwischen dem englischen König Richard Löwenherz und Saladin 1191, in dem den Christen der Zugang zu den heiligen Stätten ermöglicht wurde.

Im 13. Jahrhundert eroberten mongolische Horden Bagdad und Persien und vernichteten das Kalifat der Abbasiden. In nur wenigen Jahren beherrschten die Söhne und Enkel des legendären Dschingis-Chan (ursprünglich Temudschin) (ca. 1155–1227) große Teile Asiens und Europas. Auch die noch aus der Seldschukenzeit stammende Provinz Kurdistan mit ihrem Zentrum Bahar konnte trotz heftigen Widerstandes die Eroberung nicht verhindern. Unter dem Mongolenführer Hülägü (1251–1265) wurde die Millionenstadt Bagdad 1258 erobert.

Mit dem Vordringen der Mongolen wanderten Nomaden aus Turkestan nach Westen ab. Die türkischen Muslime unter ihnen waren mit Osman I. (1281–1326) die Begründer des Osmanischen Reiches (1301). Im 16. Jahrhundert etablierten sich die Osmanen unter Selim I. (1470–1520) zum bestimmenden Machtfaktor auch im Westen und Norden Kurdistans. Im Osten hingegen war das seit 850 Jahren verschwundene Persische Reich unter Ismail I. wieder erstarkt. In Kurdistan stießen beide Großmächte aufeinander. Unter dem Deckmantel eines Religionskrieges zwischen sunnitischen Osmanen und schiitischen Persern entwickelte sich ein politischer Kampf um die Vorherrschaft im Nahen Osten, der ungefähr drei Jahrhunderte währte. Beide Parteien versuchten die Gunst und den Beistand der Kurden zu gewinnen mit jeweils unterschiedlichen Mitteln. So versuchte Ismail I. die Kurden gewaltsam mittels seiner persischen Gouverneure von der Notwendigkeit zu überzeugen, ihm in seinem Kampf gegen die Osmanen Beistand zu leisten, hingegen

Selim I. versuchte dies, indem er den Kurden Rechte und Freiheiten zugestand, die bis zur eigenen Feudalregierung reichten. Indem er den Einfluß des kurdischen Adels stärkte, versicherte er sich dessen Loyalität. In der 1514 besonders von Kurden ausgefochtenen Schlacht von Tschaldyran wurde die Politik Selims mit Erfolg gekrönt: Die Perser wurden aus den nördlichen und westlichen Gebieten des Zagros-Gebietes für lange Zeit zurückgedrängt, auch wenn es zu keinem dauerhaften Frieden und keiner eindeutigen Grenzfestlegung zwischen beiden Reichen kam.

Immer wieder konnten die Perser erfolgreich die östliche Grenze des Osmanischen Reiches überschreiten, wobei es sogar zu einer kurzfristigen Einnahme von Bagdad und Mosul kam, doch garantierten generell die osmanentreuen kurdischen Stämme im Osten des Reiches eine sichere Grenze. Das Erstarren der kurdischen Aristokratie ging allerdings häufig auf Kosten des kurdischen Volkes, das letztlich die Kämpfe ausfocht. Für viele kurdische Söldner blieb die andere Religionszugehörigkeit der Gegner treibende Kraft zum Kampf gegen Perser oder sogar persische Kurden.

Das Ziel der osmanischen Regierungen war es, eine sichere Grenze zu schaffen. Aus diesem Grunde förderten sie den lokalen Machtzuwachs der kurdischen Fürsten und bemühten sich um Zentralisierungen im kurdischen Gebiet. Dieses Streben wurde allerdings immer wieder durch Machtkämpfe und innere Zwistigkeiten unter den verschiedenen kurdischen Stämmen untergraben. Eindrucksvolles Beispiel dieser Zentralisierungsbestrebungen, die auch unter den kurdischen Fürsten betrieben wurden, ist eine Fürstenchronik aus dem 16. Jahrhundert, das „Scharaf-Name“ des kurdischen Fürsten von Bitlis, Scharaf Khan. Er wollte den Kurden mittels einer Chronik das Bewußtsein einer eigenständigen Geschichte und Tradition vermitteln und auf diese Weise beitragen zu einem gestärkten nationalen Behauptungswillen. Obwohl die Anfänge des kurdischen Volkes im Bereich des Legendären liegen, bietet das Werk einen wertvollen historischen Abriss. Es zeigt, wie sehr die einzelnen Dynastien unter den Kurden ihrem Stammesdenken verhaftet und in lokale Machtinteressen verstrickt waren. Das Volk der Kurden blieb gespalten in eine Vielzahl oft uneiniger Fürstentümer und Stämme.

IV. Wachsende Nationalbestrebungen vor und nach dem Ersten Weltkrieg

Bis ins 19. Jahrhundert war das feudale Kurdistan als Teil des Osmanischen Reiches relativ unabhängig. In dieser Zeit existierte die kurdische Gesellschaft praktisch ohne Öffnung zur Außenwelt. Im Innern war sie gespalten und weitgehend vom Stammesdenken beherrscht. Durch den Kontakt zu Europa wuchsen auch im Osmanischen Reich die Nationalbestrebungen. Die Regierung brauchte Truppen und höhere Einnahmen und begann, die kurdischen Lehensmänner in ihren Privilegien zu beschneiden. Die Bedrohung der Osmanen durch Perser und Russen ließ das kurdische Gebiet zur Bühne für die russisch-türkischen (1828–1830, 1877/78) und die türkisch-persischen Kriege werden. Das von neuen Zerstörungen heimgesuchte kurdische Volk und die in ihren Rechten eingeschränkten kurdischen Fürsten waren immer weniger zur Zusammenarbeit mit den osmanischen Herrschern bereit.

Es folgte eine Kette von Aufständen, die besonders von den unabhängigen Fürstentümern ausgingen und in denen die Fürsten ihre Privilegien verteidigten, die Zahlungen von Tribut verweigerten und keine Soldaten zur Verfügung stellten. Ziel dieser Erhebungen war vorgeblich ein freies Kurdistan. Doch ging es in erster Linie um die Aufrechterhaltung und Ausweitung der Interessen der Feudalherren. Die jahrhundertealte innere Zerrissenheit unter den kurdischen Fürsten und Stämmen führte auch in diesem Fall zur schnellen Unterwerfung durch den osmanischen Sultan.

So nutzte beispielsweise der kurdische Prinz Muhammad, Herrscher über das Fürstentum Soran, die Schwäche der durch den beendeten Krieg mit Rußland entkräfteten osmanischen Truppen, um den Traum seiner Dynastie, Einigkeit und Unabhängigkeit Kurdistans, zu verwirklichen. 1833 zog der Prinz mit seiner eigens dafür aufgestellten Armee durch das südliche Kurdistan und schlug den anderen kurdischen Herrschern eine politische Allianz gegen die Hohe Pforte (Sultanspalast in Konstantinopel) vor. 1834 kam es zum kurdisch-osmanischen Krieg. 1836 wurden die osmanischen Truppen geschlagen, doch ließ sich der Prinz offenbar beeindruckt vom Appell an seine religiösen Gefühle zur Gnade überreden, was letztlich dazu führte, daß er nach sechsmonatigem Exil in Konstantinopel auf dem Rückweg in seine Heimat ermordet und das kurdische Gebiet in Schutt und Asche gelegt wurde.

In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erhoben sich die Kurden unter Scheich Ubeidullah

erneut. Die durch den zweiten russisch-türkischen Krieg zugefügten Zerstörungen im kurdischen Gebiet sowie die im Zuge der Zentralisierung des Osmanischen Reiches verstärkten Repressalien der türkischen Soldaten bewogen Ubeidullah, in Konstantinopel um das Ende der Verfolgung des Volkes bitten zu lassen. Mit Unterstützung britischer Waffen kam es schließlich im Oktober 1880 zur Offensive des Scheichs gegen den Iran. Der persische Schah wandte sich daraufhin hilferufend an die Hohe Pforte. Schnell konzentrierten sich die türkischen Truppen in Kurdistan, schnell waren die kurdischen Truppen zum Rückzug gezwungen und der Scheich außer Gefecht gesetzt worden. Zwei Jahre später floh er aus Istanbul, wohin er zu Gesprächen mit Sultan Abdul Hamid II. eingeladen war, und beendete damit die Ära der großen kurdischen Revolten im 19. Jahrhundert.

Die folgende Assimilationspolitik unter Abdul Hamid II., die begleitet war von verstärkten Auszeichnungen für die kurdischen Feudalherren, schmeichelte diesen und führte zur erneuten Integration der Kurden in ein zentralistisches Osmanisches Reich. Aufgrund eines Erlasses von höchster Stelle kam es zur Bildung einer speziellen kurdischen Miliz, den „Hamidiyeh“, die im Osten des Reiches für Ruhe und Ordnung sorgen sollten. Zudem wurden viele kurdische Stammesführer zu Offizieren und Paschas ernannt und standen dankbar hinter dem Sultan, ihrem Wohltäter. Völlig loyal befolgte die Hamidiyeh auch den Befehl zur Niederwerfung der armenischen Bewegung (1894–1896), die mit dem Massaker mehrerer zehntausend Menschen endete. Im Resultat hatte Abdul Hamid dem kurdischen Nationalismus seine Massenwirksamkeit genommen, denn das Volk selbst sprach von ihm nur als dem „guten und frommen Patriarchen Hamid Baba“.

Das anschließende Regime unter dem jungtürkischen Triumvirat Enver, Talaat und Kemal Pasha paktierte im Ersten Weltkrieg mit den Mittelmächten. Schon 1916 wurde im Sykes-Picot-Geheimabkommen die Aufteilung der asiatischen Regionen des Osmanischen Reiches vereinbart, das in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht in einer katastrophalen Verfassung war. Aufgrund der kolonialistischen Absichten der Siegermächte England und Frankreich blieben die nationalen Interessen der verschiedenen Völker unberücksichtigt. Den Alliierten war Kurdistan wichtig wegen seiner strategischen Lage und wegen seines Reichtums an Öl und der anderen Bodenschätze. Für die kurdischen

Führer ermutigend waren die Forderungen Präsident Wilsons vom 8. Januar 1918, der darauf drang, den nichttürkischen Minderheiten im Osmanischen Reich die Möglichkeit zur Erlangung ihrer Unabhängigkeit einzuräumen.

Nachdem im Waffenstillstand von Mudros vom 30. Oktober 1918 die Kapitulation des Osmanischen Reiches gegenüber den alliierten Mächten besiegelt war und ein politisches Vakuum vorherrschte, bot sich den Kurden in der Zeit von Oktober 1918 bis Juni 1919 eine günstige Gelegenheit, sich als Nationalstaat zu konstituieren. Im Dezember 1919 fand in Sèvres eine Friedenskonferenz statt, an der die Alliierten sowie die Türkei und als Beobachter eine kurdische Delegation anwesend waren. Resultat dieser Verhandlungen war die Verabschiedung des Vertrages von Sèvres im August 1920, der in den Artikeln 62 bis 64 den Kurden einen Staat zugestand. Demnach sollte eine Kommission vorläufig für „die Region, in der das kurdische Element vorherrscht“, eine lokale Autonomie vorbereiten, auf deren Grundlage nach einem Jahr die Wandlung zum Staat erfolgen könnte, wenn sich „die kurdische Bevölkerung . . . an den Rat des Völkerbundes wendet und beweist, daß eine Mehrheit der Bevölkerung in diesen Regionen von der Türkei unabhängig sein will, und wenn der Rat dann annimmt, daß diese Bevölkerung dieser Unabhängigkeit fähig ist, und wenn er empfiehlt, sie ihr zuzugestehen.“ Kurzum: Erst wenn vom Völkerbund das kurdische Volk als reif erachtet werden würde – an welchen Maßstäben auch immer dies gemessen werden sollte –, dann

sähe sich die Türkei verpflichtet, auf alle Rechte und Besitzansprüche in dieser Region zu verzichten.

Interessanterweise wird die kurdische ölfreiche Provinz Mosul gesondert aufgeführt. Deren Anschluß an den unabhängigen Staat sollte „freiwillig“ sein. Damit wurde den Kurden in diesem Gebiet die Entscheidung erschwert, einer britischen Mandats Herrschaft, an der die Engländer angesichts des Ölreichtums sehr interessiert waren, zu entgehen. Durch den Beschluß des Völkerbundes von 1925 wurde Mosul dem Irak zugesprochen mit der Bestimmung, „daß Beamte kurdischer Rasse für die Verwaltung ihres Landes sowie für die Ausübung der Justiz und für den Unterricht in den Schulen bestimmt würden und daß die kurdische Sprache die offizielle Sprache aller dieser Ämter sei“.

Drei Jahre nachdem den Kurden im Sèvres-Vertrag die Erfüllung uralter Träume in Aussicht gestellt worden war, hatten in Lausanne Vertreter der soeben gegründeten Türkischen Republik erfolgreich die These vertreten, „daß die Kurden sich in nichts von den Türken unterscheiden und daß diese beiden Völker, obwohl sie verschiedene Sprachen sprechen, eine einzige Gesamtheit hinsichtlich der Rasse, des Glaubens und der Sitten bilden“. Minderheitsrechte wurden in den Artikeln 40 bis 50 nur nichtmuslimischen Volksgruppen zugestanden. Diese Entscheidung besiegelte die kurdische Diaspora auf fünf Staaten und leitete gleichzeitig eine neue und verzweifelte Ära einer kurdischen Nationalbewegung ein.

V. Die Lage der Kurden in den verschiedenen Staaten

Die in der Türkei lebenden Kurden machen mit etwa 12 Millionen über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus. Gemäß dem Lausanner Vertrag besteht für sie als Muslime kein Minderheitenschutz. Ihr eigenes Volkstum wurde ihnen seit der Gründung der „Modernen Türkei“ unter Mustafa Kemal Pasha, genannt Atatürk oder „Vater der Türken“, abgesprochen. Von offizieller Seite werden sie unter dem euphemistischen Begriff der „Bergtürken“ gefaßt, der offizielle Gebrauch der kurdischen Sprache galt bis vor kurzem als illegal und eine ganze Reihe wissenschaftlicher Schulen bemühte sich eifrigst, das kurdische Volkstum zurückzudrängen.

In einer Reihe von Revolten versuchten die Kurden sich in ihrer eigenen Ethnizität zu behaupten.

Die offensichtliche Kompromißlosigkeit der türkischen Regierungen führte zu einer wachsenden Radikalisierung der nationalen Gruppierungen, die in den meisten Fällen staatliche Unabhängigkeit von der Türkei fordern. In Aufständen zwischen 1925 und 1939 unter Scheich Said, dem Führer des Nakschbendi-Derwischordens, brachen aufgestaute Aggressionen durch, die von der kemalistischen Geschichtsschreibung einseitig als Aufbegehren gegen Fortschritt und Modernisierung dargestellt werden. Mit Hilfe der britischen und französischen Kolonialherren gelang es schließlich, Scheich Said zusammen mit 25 kurdischen Freiheitskämpfern in Diyarbakir aufzuhängen. Hinzu kamen Deportationen, bei denen ca. eine Million Menschen starben.

Bis in die sechziger Jahre hinein wurde das Nationalgefühl der Kurden unterdrückt. Doch neben den ständigen Strafexpeditionen von türkischer Seite waren es auch die höchst ungleichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen zwischen der Ost- und Westtürkei, die den kurdischen Nationalismus wiederaufleben ließen. Hinzu kamen die Erfolge des irakischen Rebellenführers Mullah Mustafa Barzani sowie größere politische Freiheiten durch eine neue Verfassung 1961 und die Einführung einer parlamentarischen Demokratie 1973.

Eine relative Liberalisierung in den Jahren 1975 bis 1978 führte zum Aufblühen verschiedenster kurdischer Organisationen. Eine von ihnen, die Kommunistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), richtete schon bald ihre revolutionäre Gewalt nicht nur gegen türkische „Kolonisatoren“, sondern auch gegen kurdische „Kollaborateure“ und „Verräter“. Im Dezember 1978 begann eine strenge Repression der Aktivitäten linksgerichteter kurdischer Nationalisten, die seit 1980 ihre Steigerung in den „Säuberungs- und Befriedungsaktionen“ im kurdisch-türkischen Grenzgebiet erfahren hat. Damit soll die Verbindung der türkischen Kurden mit denen der Nachbarstaaten in Syrien, Iran und Irak unterbunden werden.

Die im Irak lebenden 4,5 Millionen Kurden stellen etwa ein Viertel der irakischen Bevölkerung. Als autonome Provinz ist das kurdische Gebiet eigentlich seit der Gründung des Irak anerkannt, doch mußten die Kurden unter den verschiedensten Regierungen immer von neuem um ihre politischen Rechte kämpfen. So bot sich Mullah Mustafa Barzani dem Präsidenten einer frisch erputschten Republik Irak, Abdul Karim Qassem, 1958 an, der die Unterstützung der Kurden zwar brauchte, sie aber nicht zu mächtig werden lassen wollte. In der Verfassung vom 27. Juli 1958 (Art. 3) kam es zwar zur gleichberechtigten Anerkennung von Kurden und Arabern, doch verstand sich in Art. 2 der irakische Staat als untrennbarer Teil der arabischen Nation.

Auch unter dem späteren Putschisten al-Bakr 1968 bemühte sich der Vorsitzende der „Patriotischen Union Kurdistans“ (PUK), Jalal Talabani, um eine Lösung der kurdischen Frage am Verhandlungstisch. Es kam zur paradoxen Situation, daß Talabani in Zusammenarbeit mit Regierungstruppen versuchte, seinen kurdischen Gegenspieler Barzani auszuschalten. Im Abkommen vom 11. März 1970 wurde den Kurden von Regierungsseite Autonomie zugesprochen, Kurdisch wurde zur zweiten Amtssprache in Kurdistan, das Erzie-

hungs-, Gesundheits- und Agrarwesen wurde reformiert und fünf kurdische Vertreter wurden Kabinettsminister in Bagdad. Doch in dem entscheidenden Punkt, der Gewährung des ausgehandelten kurdischen Gebietes einschließlich der ölreichen Distrikte von Kirkuk und Khanaqin kam es zum Konflikt, da von Regierungsseite 1974 Kurdistan eigenmächtig auf die Provinzen Dohuk, Suleymania und Arbil festgelegt wurde.

Diese Entscheidung, der massive Arabisierungsmaßnahmen in Kirkuk vorausgegangen waren, brachte erneut den Guerillakrieg zum Aufflakern, diesmal mit Unterstützung des persischen Schahs, der an einem Zugang zum Golf interessiert war. Unter dem Druck der kurdischen Rebellion erhielt der Schah im Algier-Abkommen vom 6. März 1975 den Schatt-al-Arab als neue Grenze und ließ dafür die kurdischen Rebellen fallen. Schon drei Tage nach Abschluß des Vertrages begann die irakische Armee mit einer heftigen Offensive und hatte in wenigen Tagen den kurdischen Aufstand geschlagen.

Saddam Hussein hatte nun freie Hand und betrieb eine systematische Entkurdisierungspolitik: Massendeportationen von Kurden in den Süden des Landes, Ansiedlungen von Arabern im kurdischen Norden, besonders in Kirkuk, Zerstörung von drei Vierteln der kurdischen Dörfer, Giftgaseinsätze und Einrichtung von Sicherheitszonen im Grenzgebiet. Im Iran-Irak-Krieg fand er iranische Kurden, die er als Hilfstruppe gegen die irakischen Kurden einsetzen konnte – analog zum Ayatollah in Teheran, der wiederum die irakischen Kurden als „islamische Kämpfer“ benutzte. Nach acht Jahren Krieg hatten beide allerdings ihre kurdischen Mitstreiter vergessen, vielmehr begann eine neue Racheaktion gegen die verräterischen Kurden im jeweiligen eigenen Land.

Im Vielvölkerstaat Iran machen die Kurden mit 5 Millionen nur ein Zehntel der Bevölkerung aus. Im herrschenden Staatsverständnis gehören sie aufgrund ihrer ethnischen Verwandtschaft zu den Persern zur iranischen Völkergemeinschaft. Nach den niedergeschlagenen Aufständen unter dem Kurdenführer Simko zwischen 1920 und 1925 erfuhr die kurdische Bewegung ihren Höhepunkt im Jahre 1946 in der Gründung der kurdischen Republik Mahabad. Die treibende Kraft der Nationalbewegung im Iran ist die 1945 gegründete Demokratische Partei Kurdistans (DPK/Iran), die eine Autonomie Kurdistans innerhalb der iranischen Grenzen fordert: Freie Wahlen, Zulassung von Kurdisch als Universitäts-, Schul- und Behörden-sprache und freie politische Betätigung. Nur elf

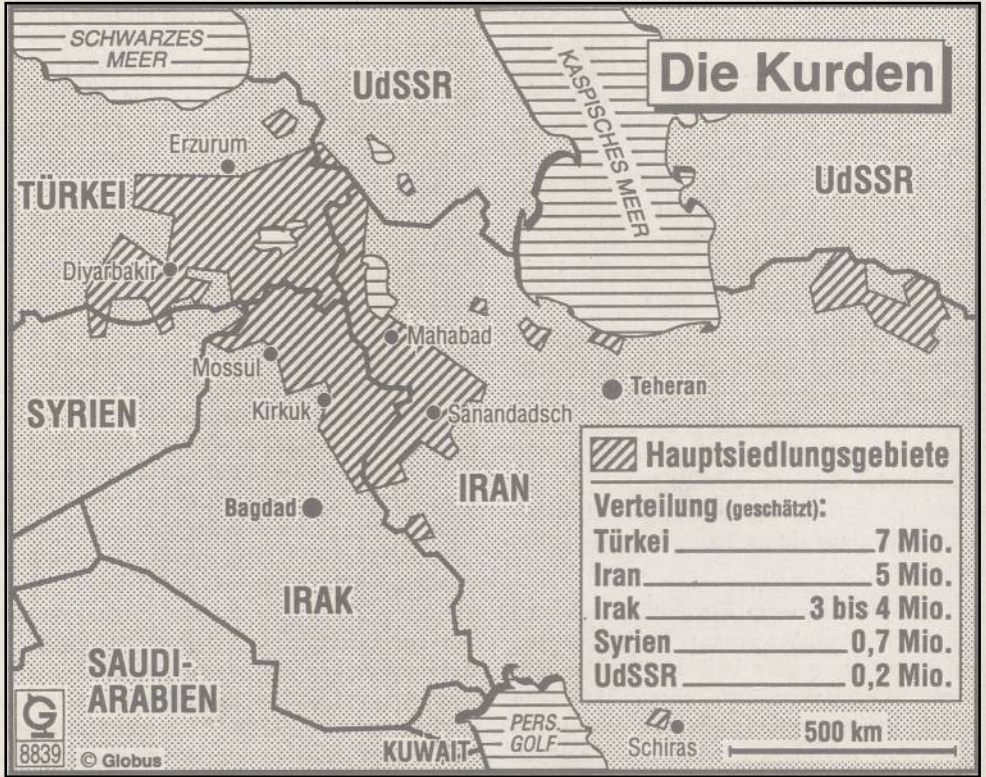
Monate lang konnten diese Hoffnungen verwirklicht werden in dem ersten und bis heute auch letzten kurdischen Staat, der unter dem fragwürdigen Schutz Stalins zustande kam. Doch als die Rote Armee ihre Panzer und Geschütze abzog, war der uralte Traum auf grausame Weise ausgeübt. Die Republik wurde von iranischem Militär besetzt, tausende politischer Führungspersonen und Anhänger wurden hingerichtet, darunter auch der Präsident Ghasi Mohammad, der am 22. Januar 1946 die Republik ausgerufen hatte.

Das blutige Vorgehen gegen die kurdischen Separatisten von Mahabad lähmte die kurdische Nationalbewegung für Jahrzehnte. Mitte der sechziger Jahre spaltete sich die Bewegung: die einen waren zur Zusammenarbeit mit Barzani, dem damals führenden Mann der Kurdenbewegung bereit; die anderen sprachen sich vor allem wegen seiner engen Beziehungen zur iranischen Regierung gegen Barzani aus.

Mit der Bildung der ersten Revolutionsregierung im Februar 1979 begannen erneute Verhandlungen zwischen Kurdenvertretern und den theokratisch gesonnenen Machthabern aus Teheran. Mit dem Versprechen, politische und kulturelle Autonomie in Kurdistan zu bekommen, wurden die Kurden während der Revolutionszeit stillgehalten. Doch schon im August 1979 gingen die iranischen Soldaten erstmals gegen die Kurden vor. Unter der Führung von Abdulrahman Ghassemlou, Vorsitzender der DPK, erhoben sich die iranischen Kurden nochmals 1985 in einem „kurdischen Frühling“, der mit 40 000 Todesopfern ebenso blutig wie andere Rebellionen endete. Den Preis für

seine rebellischen Aktivitäten mußte Ghassemlou 1988 mit seinem Leben bezahlen, als er einem heimtückischen Mordanschlag in Wien – vermutlich von iranischer Regierungsseite vorbereitet – zum Opfer fiel, dem die Behörden bezeichnenderweise kaum auf den Grund gehen wollten.

Bei Betrachtung der Situation der Kurden in den einzelnen Staaten zeigt sich, daß die Autonomiebestrebungen dieses Volkes ignoriert, wenn nicht gewaltsam zum Schweigen gebracht werden. Ihre Zersplitterung auf verschiedene Staaten und ihre Entfremdung untereinander in sprachlicher, kultureller und politischer Hinsicht dient den jeweiligen Machthabern häufig genug als Legitimation, um das kurdische Problem als unbedeutende Minderheitenfrage abzutun. Doch die kurdische Nationalbewegung will weiterhin um eine weltweit garantierte Autonomie der Kurden in ihren jeweiligen Ländern kämpfen. Ziel bleibt die Klärung entscheidender Probleme wie die politische Selbstbestimmung, die wirtschaftliche Nutzung des fruchtbaren und an Bodenschätzen reichen Landes sowie die Entwicklung einer geeinten kurdischen Wissenschaft und Kultur. Damit verbundene demokratische und am Rechtsstaatgedanken ausgerichtete Forderungen muten unter den nahöstlichen Regierungen utopisch an. Und dennoch würde die Lösung der kurdischen Frage einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung in dieser Krisenregion leisten und verhindern, daß ein Volk seine Identität zugunsten machtpolitischer Interessen verliert und zu dem wird, was es für viele Europäer bisher immer nur war: ein wildes kriegerisches Volk, im Sagenhaften beheimatet und dorthin verbannt.



Ursprung und Entwicklung des Islam

Eine der Hauptfolgen des Golfkrieges werde „ein ungeheurer Islamisierungsschub“ sein, meinte auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing der SPD-Politiker Peter Glotz. „Wir werden den Krieg gewinnen und die Region verlieren.“ Die Krise am Golf hat in der westlichen Welt großes Interesse an den arabischen Staaten, ihren politischen Strukturen und am weithin fremden Islam geweckt. Fast täglich boten in den Monaten der Krise die Medien ein Forum für Darstellungen und

Diskussionen. Hat das die Kenntnis und vor allem das Verständnis für die uns geographisch nahe, aber sonst so ferne Region verändert? Weshalb ist uns die islamisch-arabische Welt derart fremd, obwohl unsere Kultur in weiten Zügen auf ihrer Wissenschaft und Kunst aufgebaut hat? Hängt das „Schwert des Islam“, wie in den vergangenen Monaten mehrfach verkündet wurde, tatsächlich als drohendes Damokles-Schwert über „dem Abendland“? Gibt es überhaupt „den“ Islam?

I. Religionsgründer Muhammad

Die Geschichte des Islam umspannt vierzehn Jahrhunderte und – während der ersten acht Jahrhunderte bis zum Zeitalter der Entdeckungen – fast ein Drittel der damals bekannten Welt. Bis zum Erscheinen Muhammads und der Verbreitung der ihm zuteil gewordenen Offenbarungen mit ihrer geradezu revolutionären Kraft lebten die Araber an der Peripherie des Weltgeschehens. Sie wohnten, nach ihren Worten, auf einer Insel – „Dschazirat al-Arab“ – und betrachteten sich als „Besitzer“ des unwirtlichen, fast völlig von Wüste beherrschten Subkontinents. Die überkommene Gesellschaftsordnung der Stämme auf der arabischen Halbinsel war im 6. Jahrhundert in eine Krise geraten. Stammeseigentum ging immer mehr über in das Eigentum einzelner Sippen und Familien, wodurch soziale Unterschiede wuchsen. Diese fortschreitende soziale Differenzierung zerstörte die ursprünglichen Ideale des Beduinentums – Stammessolidarität, Freiheit, Tapferkeit. Proteste wurden laut gegen das wachsende Unrecht. Der weithin zur leeren Formel erstarrte Polytheismus verlor an Attraktivität, zumal jüdische und christliche Gemeinden mit ihrem Monotheismus dem Bedürfnis nach stammesübergreifenden Gemeinwesen ein positives Beispiel gaben. Hanifen („Gottsucher“), die als asketische Einsiedler in der Wüste lebten, vertraten den Glauben an einen einzigen Gott.

In der Stadt Mekka, die als eine der ersten von dem Wandel ergriffen wurde, war um 570 Muham-

mad vom Stamm der Quraisch geboren worden. Etwa vierzigjährig begann er, von den Botschaften zu sprechen, die er in der Einsamkeit des Gebirges von einem Engel empfangen habe. Muhammad sei von Allah zu seinem Propheten auserwählt worden und solle seine Offenbarungen den Menschen überbringen und sie dazu bewegen, sich Allah zu unterwerfen. Der Stamm der Quraisch reagierte auf den Propheten und die von ihm verkündete neue Religion mit Spott und Angriffen, die Muhammad und seine Anhänger schließlich veranlaßten, nach der „medina“ (Stadt) Yathrib überzusiedeln, wo eine starke jüdische Gemeinde den Boden für monotheistische Religiosität bereitet hatte. Mit dieser „hidschra“, der Emigration im Jahre 622, beginnt die islamische Zeitrechnung. Entgegen den Erwartungen wird Muhammad von den jüdischen Stämmen nicht anerkannt, was deren blutige Ausrottung und Vertreibung zur Folge hat, sowie eine Eliminierung jüdischer Kultelemente und eine grundsätzliche Neuorientierung der Lehre. Es entsteht Muhammads Theorie von der „Verfälschung“ der Heiligen Schriften durch spätere Generationen, wodurch die koranische Version der biblischen Stoffe ihre Rechtfertigung erhält. Die Gebetsrichtung ist nun nicht mehr Jerusalem, sondern Mekka, das Muhammad mit seinem 10 000 Mann starken Heer zu Beginn des Jahres 630 erobert. Er macht seine Heimatstadt zum Kultzentrum der neuen Religion, indem er die Ka'aba, ursprünglich ein heidnisches Heiligtum, dann beschrieben in der Abrahamlegende, für den

Islam beansprucht, Muhammad knüpft an die Überlieferung an, nach der Abrahams Magd Hagar, die Mutter seines Sohnes Ismael, nach ihrer Verstoßung nach Mekka gekommen sein soll. Der Prophet bezeichnet den biblischen Stammvater als Begründer der mekkanischen Wallfahrtszeremonien, dessen reine Religion durch den Islam wiederhergestellt werden soll. Mit der Aussage im Koran, daß Abraham weder Jude noch Christ gewesen sei, sondern Muslim, vollzog Muhammad den entscheidenden Bruch mit den anderen beiden monotheistischen Religionen und proklamierte im bewußten Gegensatz zu ihnen eine neue Religion, wobei die Bezeichnung „Muslim“ für jeden gilt, der an einen einzigen Gott glaubt und sich der Wahrheit seines absoluten Seins unterwirft. Das erklärt die Tatsache, daß der Koran die biblischen Propheten – einschließlich Jesus – als Muslime bezeichnet.

II. Der Koran

Die Basis der neuen Religion ist ihr heiliges Buch, der Koran (qur'an – Rezitation). Es gilt als das direkte Wort Gottes, das dem Propheten durch den Erzengel Gabriel übermittelt wurde. Die Offenbarung begann am 17. des Monats Ramadan, dem islamischen Fastenmonat (9. Monat des islamischen Jahres, das sich nach dem Mond richtet, somit 11 bzw. 12 Tage kürzer ist als das unserer Zeitrechnung), mit den Worten „Lies im Namen Deines Herrn, der erschaffen hat...“. Die Offenbarungen erfolgten mit zeitlichen Unterbrechungen und lassen sich historisch gliedern in mekkanische und medinische, was manche Aussagen widersprüchlich erscheinen läßt 'aufgrund der divergierenden Schwerpunkte. Diese widersprüchliche Haltung ist nach Meinung vieler Religionssoziologen auf den Unterschied im Sozialgefüge zwischen Mekka und Medina zurückzuführen und sorgt bis heute für Dispute und voneinander abweichende Interpretationen.

Im Gegensatz zum Christentum mit seiner Ausrichtung auf die Person Jesus, ist der Prophet im Islam nur der Verkünder und Vermittler des Wortes Gottes. Muhammad selbst betonte immer wieder: „Ich bin nur ein Mensch wie ihr, (einer) dem (als Offenbarung) eingegeben wird, daß euer Gott ein einziger Gott ist“ (Sure 18,110), weshalb auch die in Europa verbreitete Bezeichnung „Mohammedaner“ für Muslime von diesen nicht erwünscht ist. Den Kern des islamischen Glaubensbekenntnis-

632 starb der Verkünder des Islam in Medina. Unter seinen Nachfolgern begann von der Arabischen Halbinsel aus in rasantem Tempo der Siegeszug der Anhänger des Propheten im Zeichen der neuen Religion. Sie schuf durch ihre einigende Wirkung aus unorganisierten, sich gegenseitig befehdenden Beduinenstämmen schlagkräftige Heere. Neben religiösem Eifer waren es jedoch auch politische und wirtschaftliche Motive, die die arabischen Wüstenbewohner in die reichen Kulturländer trieben. Das Sassanidenreich brach zusammen, Byzanz verlor eine Provinz nach der anderen. 640 stand der Feldherr Amr Ibn al-As am Nil und legte den Grundstein für die erste Moschee auf afrikanischem Boden. In nur wenigen Jahrzehnten waren Gebiete von Afghanistan bis Tunesien erobert. Ein islamisch-arabisches Reich entstand. Mit ihm wurde der Islam zur Weltreligion und zur Weltmacht.

ses bildet die Losung „Kein Gott außer ihm – Muhammad ist Sein Gesandter“, was die Existenz eines einzigen wahren Gottes impliziert. Es geht um den Anspruch Gottes an den Menschen auf alleinige Verehrung und auf Befolgung seiner Gebote. Der Alltag des Muslim kennt keine Freiräume, die diesem Ausschließlichkeitsanspruch Gottes entzogen sind. „Islam“ bedeutet sich ergeben in den Willen Gottes, der aus dem gleichen Wortstamm abgeleitete Begriff „Muslim“ bezeichnet folglich den, der sich vorbehaltlos unter das offenbarte Gesetz Gottes stellt.

Der Koran, bestehend aus 114 Abschnitten von unterschiedlicher Länge, den Suren, die in Verse unterteilt sind, ist seiner Konzeption nach ein Rezitationstext, der sich bereits in einer mekkanischen Sure als göttliche Botschaft „in klarer arabischer Sprache“ („arabiya“) darstellt. Wahrsager, Dichter und Redner waren in heidnischer Zeit die eigentlichen Wortführer ihres Stammes mit großem Ansehen. Sie bedienten sich der hocharabischen überregionalen Dichtersprache, die formellem Gebrauch vorbehalten war und allen Stämmen der arabischen Halbinsel als gemeinsame sprachliche Basis diente. Die außerordentliche sprachliche Sensibilität der Araber, ihr Bedürfnis, auch Alltägliches mit rhetorischen Mitteln zu überhöhen – wobei das Wort allein oft bereits als Tat gilt –, ließ den Gedanken einer Übersetzung des Koran in andere Sprachen nie aufkommen. Das hat wesent-

lich beigetragen zur Herausbildung jener arabisch-islamischen Identität, die erst die hohe Entwicklung der islamischen Kultur ermöglichte.

In einer Fülle von Geboten und Anweisungen regelt der Koran das tägliche Leben des Muslim und liefert in seinen späteren Suren detaillierte Gesetzesvorschriften für die Glaubensgemeinde. Sie bilden die Grundlage der vom Islam ausgehenden Neuordnung, wie die prinzipielle Gleichheit aller Menschen, die Beseitigung gravierender sozialer Mißstände, etwa die Rechtlosigkeit der Armen, und die Solidarität der Gläubigen. Doch sind den Handlungsmöglichkeiten des Individuums im Koran enge Grenzen gesetzt. Nicht in Verfolgung eigener Zielvorstellungen handelt es, sondern in Ausführung des göttlichen Willens. Nicht das Wohl des einzelnen steht im Vordergrund, sondern das der Gemeinschaft, so daß der Islam wegen seiner starken Gesellschaftsbezogenheit eine Religion mit politisch-sozialer Dimension ist. Zwar kann der Koran in seiner Gesetzesdarlegung nicht als vollständig gelten, doch das Interesse an der Regelung des gesamten Alltags, nicht nur der kultischen Lebensbereiche, tritt deutlich hervor. Was zu Lebzeiten Muhammads noch ständige Erklärung und Anpassung an die wechselnden äußeren Umstände erfahren konnte, wurde nach seinem Tod als unabänderlich anerkannt, seiner Ausle-

gung nur ein begrenzter Spielraum zugestanden. Das stellt den mit der westlichen Weltanschauung konfrontierten Muslim vor die Aufgabe ständiger Neureflexion seiner eigenen Grundlage.

Die wichtigste Konsequenz für einen Muslim aus dem Koran als Wort Gottes ist, daß Gott und nur er – nicht etwa Muhammad oder ein anderer – der eigentliche Gesetzgeber ist, der prinzipiell mit seinen Anweisungen nichts im Leben unbeeinflusst läßt. Dadurch ist eine Trennung von Religion und täglichem Leben nicht möglich, im Gegenteil bilden im Islam Religion und Staat („din wa daula“) eine feste Einheit. Hieraus ergibt sich heute für Fundamentalisten die logische Konsequenz der Wiedereinführung der Scharia, des islamischen Rechts, das infolge der Kolonialisierung im vergangenen Jahrhundert weitgehend durch europäische Codici abgelöst worden war. Da der Islam der Ausdruck des Willen Gottes, also der einzigen Wahrheit ist, die nicht diskutiert werden kann, kann sich kein Muslim außerhalb dieser Wahrheit stellen. Wer vom Glauben abfällt oder sich als Atheist bekennt, liefert sich dem Prinzip des „iridat“ aus, d. h. es ist nicht nur erlaubt, sondern geboten, denjenigen umzubringen. Die gegen Schriftsteller wie Salman Rushdie und Nagib Machfuz ausgesprochenen Todesurteile sind Konsequenzen solcher rigorosen Schriftauslegung.

III. Konfessionelle Spaltungen des Islam

Läßt sich ohne weiteres von „dem Islam“ reden? Tatsächlich umfaßt der Begriff „Islam“ Richtungen, Länder und Zeitabschnitte, die sich mitunter sehr stark voneinander unterscheiden. Doch über alle Unterschiede hinweg kennzeichnet ihn eine tiefgehende Einheit, die den Muslimen den Stolz ihrer Zugehörigkeit zu und die Identifizierung mit der Gemeinschaft der Gläubigen („umma“) verleiht. Vielgestaltig wird der Islam durch seine räumliche Umwelt wie durch den Ablauf der Zeiten und schließlich seiner Lehrmeinungen. Bereits drei der ersten vier Nachfolger des Propheten, die als „rechtgeleitete Kalifen“ in die Geschichte eingingen, wurden aufgrund von Meinungsverschiedenheiten umgebracht. Noch ging es um die rechtmäßige bzw. richtige Nachfolge. Nach der Ermordung Uthmans im Jahre 656, des dritten Nachfolgers Muhammads in der Leitung der Gemeinde und des islamischen Staatswesens, schwand die Einheit der Gläubigen. Der nach ihm gewählte Ali, Schwiegersohn und Vetter des Propheten, fand keine einstimmige Unterstützung. Mu'awiya

aus dem Hause der Omajjaden erhob sich gegen Ali, den schließlich ein Teil seiner früheren Anhänger verließ. Sie wurden die „Ausziehenden“ („kharadscha“) genannt. Die Kharidschiden entwickelten sich zu einer eigenen Konfession mit puritanischer Ausrichtung, die sich später in mehrere Richtungen spaltete. Es ist weitgehend in Vergessenheit geraten, daß die Kharidschiden in ihrer Blütezeit neben den Schiiten und Sunniten, die immer die Mehrheit waren, die dritte große islamische Konfession gebildet haben. Die Sunniten wiederum leiten ihren Namen ab von der „sunna“, den schriftlich fixierten, gesetzlich verbindlichen verbalen Aussagen, Bestätigungen und Handlungen Muhammads.

Ali fiel 661 einem Mordanschlag zum Opfer, sein Rivale konnte relativ unangefochten als Kalif – und Begründer der bis 750 herrschenden Omajjaden-dynastie – regieren. Ali, der sich darauf bezog, von Muhammad den Auftrag zu dessen Nachfolge erhalten zu haben, hatte schon zu Lebzeiten seines Vorgängers eine politische Gruppierung, die „Par-

tei Alis“ („schi'a“) um sich geschart, die dafür eintrat, die religiöse Führung (das Imam) und die politische Leitung (das Kalifat) innerhalb seiner mit Muhammad verwandten Familie als erblich zu erklären. Da der Prophet keine Bestimmung über seine Nachfolge getroffen hatte und es für die angebliche Zusage an Ali keine Zeugen gab, brachen bald Streitigkeiten aus, die zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen eskalierten und schließlich zur konfessionellen Spaltung des Islam führten. Schiiten und Sunniten bildeten jeweils noch Untergruppen bzw. verschiedene Rechtsschulen.

So wie Religion und Staat nicht zu trennen sind, hängen auch Religion und Recht zusammen. Zu Beginn der arabisch-islamischen Herrschaft waren Prediger und Rechtssprecher ein und dieselbe Person. Die Funktion des „kadi“, des Richters, wurde erst später abgetrennt. Ein Merkmal blieb unverändert: Der Islam kennt keine Priester. Nach seiner Lehre ist die Beziehung zwischen Mensch und Gott eine direkte. Um die Verbindung herzustellen, bedarf es weder eines anderen Menschen noch irgendeiner Instanz, und die Verantwortung ist eine unmittelbare. Daher sind islamische Religionslehrer und -wissenschaftler, die die verschiedenen Bezeichnungen wie Imam, Mullah oder Scheikh haben, nicht als Priester zu betrachten. Derselbe Grundsatz gilt für die Moscheen. Sie sind nicht das Haus Gottes, dem man sich in stiller Ehrfurcht nähert, sondern Versamlungs- und Lehrstätten, in denen der Koran gelesen und diskutiert, auch das Gebet verrichtet wird. Da für den Muslim der Islam unteilbar ist, sich nicht in einen Bereich des Geistlichen und einen anderen Bereich des Weltlichen trennen läßt, liegt es in der logischen Konsequenz, daß der Versammlungsort Moschee auch ein Forum ist für wissenschaftliche

und politische Debatten. Letztgenannte Möglichkeit wird von Islamisten in den vergangenen Jahren wieder vermehrt genutzt.

Bereits in den ersten islamischen Jahrhunderten strebten Anhänger durch asketisches Leben nach vertiefter Frömmigkeit. Seit Mitte des achten Jahrhunderts treten die „sufiya“ in Erscheinung, Leute, die man nach ihren wollenen Gewändern („suf“ – Wolle) benannte. Sie huldigten einer emotionalen Religiosität mit Musik und Tanz, bei dem sich die Tanzenden in Trance steigern. Das wurde von puritanischer Seite scharf angegriffen, was sich bis heute im Fernseh- und Radioprogramm Saudi-Arabiens bemerkbar macht. Das Sufitum erlebte seinen geistesgeschichtlichen Höhepunkt im 13. und 14. Jahrhundert. Spricht man heute von islamischer Mystik, meint man damit im allgemeinen ordensähnliche Zusammenschlüsse. Während des 19. Jahrhunderts ist ein Erstarken der Sufi-Orden zu beobachten, die im staatlich-politischen Geschehen eine Rolle spielten, so die Bewegung um den Mahdi im Sudan und in diesem Jahrhundert der Orden der Senussi in Libyen.

Schiiten und Sunniten sind sich ihres unüberbrückbaren Gegensatzes bewußt. Doch verstehen sie sich über alle Abweichungen hinweg zuerst als Muslime, einig in bestimmten Glaubensvorstellungen und Lebensregeln und hierin eine untrennbare Gemeinschaft, die sie von allem, was nicht Islam ist, unterscheidet. Dieses tiefe, ebenso ungeklärte wie hartnäckige Gefühl einer Einheit ist der Grund dafür, daß die islamische Welt Kontinuität zeigt, auch wenn ihre kulturelle Hochblüte längst historisch zurückgelassen wurde, und trotz der politischen Umwälzungen und der Herausforderungen durch eine auf technischen und materiellen Fortschritt orientierte Welt.

IV. Islamischer Fundamentalismus

Der Einfall zunächst der Kreuzfahrer, die in einer in der islamischen Welt nie gekannten Intoleranz alle ausrotten wollten, die in ihren Augen Ungläubige waren, und später der Mongolen löste in den Reihen der Sunniten eine Selbstbesinnung aus, die im Zeichen eines rigorosen Fundamentalismus stand. Ibn Taimiya (1263–1328), ihr bedeutendster Vertreter, ließ nur Koran und Sunna in ihrem wörtlichen Sinn, ohne übertragene Bedeutung und Auslegung, gelten. Sekten und Abspaltungen bekämpfte er und bezeichnete den „Dschihad“ als beste Form, Gott zu dienen. „Dschihad“ wird zu meist mit „Heiligem Krieg“ gleichgesetzt, war im

Ursprung der Krieg gegen Ungläubige, diente sowohl der Expansion als auch der Verteidigung des Macht- bzw. Geltungsbereiches des Islam und dauerte so lange, bis überall der Islam zur beherrschenden Religion geworden ist. Infolgedessen richtet er sich gegen alle Nichtmuslime. Sofern sie „Buchbesitzer“ („ahl al-kitab“) sind, also Juden oder Christen, erfordert das nicht ihren Übertritt zum Islam, sondern sie werden zu „Schutzbefohlenen“ („dhimmi“) der Muslime, wohingegen „Nicht-Buchbesitzer“ bis zur Annahme des Islam bekämpft werden. Die Mongolen hatten Ende des 13. Jahrhunderts begonnen, den Islam anzuneh-

men. Das warf die Frage auf, ob sich der Kampf gegen sie noch als Dschihad begreifen ließ. Ibn Taimiya bejahte diese Frage, da seiner Auffassung nach als Ungläubiger zu gelten habe, wer sich nicht an das islamische Gesetz in seiner Gesamtheit hielt, auch wenn er sich zum Islam bekannte und fünfmal am Tag betete. Daß der Dschihad jetzt auch innerhalb der islamischen Gemeinschaft möglich sein sollte, war neu. Ibn Taimiya konnte sich mit seiner Überzeugung nicht durchsetzen. Doch er und seine Schüler konzipierten das Grundmodell einer fundamentalistischen Auffassung des Islam, die im 18. Jahrhundert von den Wahabiten und bis in die Gegenwart von Fundamentalisten und sogar modernistischen Autoren aufgegriffen wurde, um Meinungen zu stützen, die sich mit der Rechtsmethodologie, der Verurteilung der Praktiken bestimmter Mystikerorden, der Kritik an der Heiligenverehrung und der Frage des Mittlertums befassen. In einer Gesellschaft, in der Religion und Politik nicht klar voneinander geschieden sind, in der Religion alle anderen ideologischen Bereiche durchzieht, äußert sich politische Opposition rasch in Form religiöser Opposition. Wer die bestehenden sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse ablehnt und die vorherrschende Ordnung ändern will, auf den übt der Ruf nach der Anwendung der wahren islamischen Vorschriften ausschließlich auf der Grundlage des Koran und der „sunna“ entsprechende Anziehungskraft aus.

Eine der bekanntesten und bis heute wirksamen fundamentalistischen Bewegungen wurde in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Muhammed Abd al-Wahhab im Zentralteil der arabischen Halbinsel gegründet. Ein Bündnis zwischen seiner Familie und der des Stammesfürsten der al-Sa'ud brachte den Wahabiten in großen Teilen Arabiens Macht. Anfang dieses Jahrhunderts gelang es Abd al-Aziz Ibn Sa'ud, sich den größten Teil der Halbinsel zu unterwerfen, das heutige Saudi-Arabien zu gründen und das Wahabitentum zur Staatskonfession zu erheben. In den siebziger Jahren hat die Familie Sa'ud damit begonnen, ihre Petrodollars in den Dienst des Glaubens zu stellen und sich eine Führungsrolle unter den islamischen Staaten zu sichern. Die 1970 gegründete „Organisation Islamischer Staatskonferenzen“ ist ebenso wie die „Muslimische Weltliga“ ein Instrument saudischer Außenpolitik geworden. In den achtziger Jahren wurden verstärkt fundamentalistische Gruppen gefördert, was erst durch den zweiten Golfkrieg einer Revision unterworfen wurde.

Die erste große Herausforderung für die islamische Welt war die Kolonialisierung durch Europa, vor dessen expansiven Machtansprüchen sie

schrittweise zurückweichen mußte. Zwar war die osmanische Herrschaft über die arabischen Länder auch eine Fremdherrschaft. Doch besaß sie dadurch Legitimität, daß die Osmanen Muslime waren. Mit dem Einmarsch Napoleons 1798 in Ägypten entstand eine völlig neue Situation. Seit der Zeit der großen Entdeckungen hatte Europa einen Aufschwung genommen, der die zuvor in Handel, Kunst und Wissenschaft glänzenden Länder der islamischen Welt mehr und mehr in den Schatten geraten ließ. Durch die Machtverlagerung nach Istanbul waren einstige Zentren an die Peripherie gedrängt, Innovationen fanden nicht mehr statt. Die Konfrontation mit dem napoleonischen Heer kam einem Kulturschock gleich, bot jedoch die Chance, aus der Isolation zu treten. Mohammed Ali, seit 1805 Vertreter der Hohen Pforte (Regierung in Konstantinopel) in Kairo, nutzte diese Gelegenheit und begann, das Land am Nil durch den Einsatz europäischer Fachkräfte zu modernisieren. Die Muslime wurden nun auf eigenem Boden herausgefordert, ein neues Selbstverständnis zu finden und sich die Frage nach der eigenen Geschichte und Bestimmung zu stellen.

Der heutige Islam ist geprägt durch seinen Dekolonialisierungskampf, wobei die erste Phase mit der physischen Räumung der Kolonien weitgehend abgeschlossen war, durch Golfkrise und -krieg aber einen Rückschlag erlitten hat, da fremde – ungläubige – Truppenkontingente auf arabischem Boden stationiert blieben. Die zweite Phase des Kampfes gilt der Eindämmung des „westlichen“ Lebensstils, der mit einer Rückbesinnung auf originäre Werte einhergeht. Mit den westlichen Einflüssen verbunden ist die technische, wirtschaftliche, militärische und wissenschaftliche Übermacht der sogenannten entwickelten Welt. Diese Überlegenheit besteht auf allen praktischen Gebieten bis in die politischen Strukturen hinein, zweifellos eine Überlegenheit im Bereich der Wirksamkeit, nicht unbedingt im Bereich der Qualität. Die Effizienz der westlichen Industrienationen scheint die islamische Welt zu zwingen, sie zu übernehmen, um sich selbst gegen sie behaupten zu können.

Der Prozeß der „Modernisierung“, der mit dem Zusammenstoß zweier unterschiedlicher Welten zwangsläufig in Gang gesetzt worden war, ist noch längst nicht bewältigt. Voraussetzung dieses Modernisierungsprozesses war in Europa die Trennung von Kirche und Staat, also der Säkularismus, der das Resultat einer langen historischen Entwicklung war. Die islamische Welt hat keine wirkliche Aufklärung und keine große Revolution hervorgebracht, die absolutistische durch parlamentarische Regierungsformen ersetzen, aus denen sich

demokratische Staatsgedanken entwickeln konnten. Hier steht das islamische Prinzip von „din wa daula“, Religion und Staat, einer solchen Entwicklung entgegen.

Schließlich wurden von den arabischen Ländern im Prozeß der Modernisierung nur diejenigen „Werte“ übernommen, die den jeweiligen Regimen für ihre Machterhaltung nützlich erschienen, wie moderne Waffen, (Überwachungs-) Technologie und Konsumgüter aller Art, während die zu den Ele-

menten des Fortschritts und der „Kultur“ der Moderne gehörenden Wertssysteme nicht angenommen wurden. Der Vorteil der übernommenen Erregenschaften kommt zumeist nur der Clique der Herrschenden und einer kleinen Elite zugute, während für die Masse der Völker die negativen Auswirkungen der nur an der Oberfläche vollzogenen Modernisierung zum Synonym der „Verwestlichung“ wurden, was für sie gleichbedeutend ist mit sittlichem Verfall.

V. Islam und politischer Extremismus

Für das allgemeine Unbehagen der meisten Araber an ihrer Situation gibt es viele Gründe. Armut und Unterentwicklung im krassen Gegensatz zu einer kleinen Finanzelite wiegen weniger schwer als die als permanente Demütigung empfundene Bevormundung durch die westlichen Industrienationen. Solange die arabischen Länder noch für ihre Unabhängigkeit kämpften, konnte man alle Übel dem Imperialismus zuschieben. Selbst in der nachkolonialen Phase diente das hinterlassene Erbe noch als Exkulpation für eigenes Versagen und dient noch heute islamistischen Bewegungen des militanten Islam als Waffe. Das verstellt den Blick auf die Realität und auf die Zukunft. Daher suchen sie ihre Zukunft in einer glorifizierten Vergangenheit, berufen sich auf die goldene Zeit der ersten vier „rechtgeleiteten Kalifen“, dabei verdrängend, daß es unter ihnen zum ersten großen Schisma kam. Selbst zu Lebzeiten des Propheten hatten sich derart viele Sekten gebildet, daß gemäß der Überlieferung Muhammad geäußert haben soll, von den 72 Sekten werde nur die 73. den wahren Glauben verbreiten.

Dabei gehört es zu den Hauptzielen des islamischen Fundamentalismus, divergierende Strömungen zu überwinden und alle Muslime wieder im wahren Glauben zu vereinen, um die ursprüngliche Einheit von Religion und Staat wiederzuerlangen. Allein dadurch übertrifft er alle anderen Fundamentalismen unserer Zeit an Sprengkraft. Die Diskussion innerhalb der islamischen Welt, wie weit, bzw. ob überhaupt Staat und Gesellschaft gläubiger Muslime säkular sein dürfen, hält an, ohne zugunsten einer Re-Islamisierung abgeschlossen zu sein. Der Streit zwischen Fundamentalisten und jenen, die unterscheiden zwischen Werten von konstanter Gültigkeit und solchen, die zeitlichen Verhältnissen angepaßt werden müssen, ist historisch. In den Jahrhunderten der Stagnation in der islamischen Welt kam diese Auseinanderset-

zung nicht zum Tragen, ist heute aber virulenter denn je, da der Kampf vieler Gruppierungen mehr um politische Einflußnahme als um die reine Lehre geht.

Hier gilt es sorgfältig zu trennen zwischen Fundamentalisten und „Islamisten“, die den Islam auf ihre Fahne schreiben, um ihn letztlich als Vehikel zu benutzen, politisch an die Macht zu kommen, wobei die Grenzen oft derart fließend sind, daß eine klare Unterscheidung selten möglich ist.

Ein Ziel ist allen gleich: die Ablehnung des Nationalstaates, dessen Idee dem Islam fremd ist. Für einen Muslim kann es nur eine politische Organisationsform geben, die Mitgliedschaft in der „umma“, der einen und einheitlichen Gemeinschaft des Islam. Die Neuordnung der Staatenwelt nach „nationalen“ Kriterien, wie sie durch Kolonialmächte hergestellt worden ist, bedeutet eine Zerschlagung der islamischen Gemeinde und wird nach wie vor als Fremdbestimmung empfunden, mit einem grundlegenden Defizit an Legitimität. Der Zerfall des Osmanischen Reiches gilt als ein Tiefpunkt in der Geschichte der islamischen Welt, nur noch unterboten durch die Schaffung Israels, die ständige Wunde und Provokation für jeden Muslim. Da der jüdische Staat unter Duldung und Förderung einer nicht-islamischen Großmacht, der Kolonialmacht England, auf arabischem Boden zustande kam, ist vielfach von einer „Verschwörung“ gegen die islamische Gemeinschaft die Rede. Der Kampf gegen Israel wird somit stellvertretend zu einem Kampf für Befreiung und Aufhebung der Entfremdung. Hier offenbart sich bereits das Dilemma der islamischen Welt. Zum einen ist der Nationalstaat längst zu einer Realität geworden, die die Beziehungen der Muslime untereinander bestimmt. Zum anderen wird die Haltung gegenüber Israel, dessen Existenz mit dem Bekenntnis zur islamischen Religion und Einheit unverein-

bar ist, weitgehend von der Interessenkonstellation eines jeden Staates respektive seines Regimes bestimmt. Gemeinsamkeit gibt es allenfalls in Form von Deklarationen. Wie trefflich sich das Thema „Israel-Palästina“ instrumentalisieren läßt, dafür hat Saddam Hussein ein deutliches Beispiel gegeben. Es war ein ausgeklügeltes Spiel von Emotionen gegen Realpolitik.

Die in den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts, also erstaunlich spät, voll entfaltete Re-Islamisierung ist zunächst einmal eine von fast allen Schichten getragene stärkere Betonung des islamischen Kulturerbes und als solche ein logischer Schritt im kämpferischen Bemühen um Dekolonialisierung. Sie knüpft an Bewegungen großer Reformen zu Ende des letzten Jahrhunderts wie auch des 10. bis 13. Jahrhunderts an und ist in manchen Erscheinungsformen eine Fortsetzung der 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründeten Bewegung der „Muslim-Bruderschaft“. Sie ist die bis heute wichtigste der militant-islamischen Gruppen, die in vielen Ländern vertreten, doch nirgends außer in Jordanien legalisiert ist.

Al-Banna wie auch andere Vertreter eines neuen Islamismus waren weniger beeinflusst von mutmaßlichen Eigenheiten des Islam, sondern viel mehr von der modernen Entwicklungsgeschichte der betroffenen Völker, was mit der Entwicklung in Europa am ehesten mit dem spanischen „nacionalcatolicismo“ verglichen werden könnte. „Nicht Liberalismus und Säkularismus, nicht Kommunismus und Kapitalismus, sondern Islamismus!“ Allein schon das Motto unterstreicht die Prädominanz des Politischen über das Religiöse. Der Gebetsritus bekam in der Literatur der „Muslim-Bruderschaft“ die Rolle von körperlicher Ertüchtigung und Disziplinübung zugewiesen. Diese Generation der Islamisten betrachtet folglich den Islam erneut vorrangig als eine politische denn als eine religiöse Angelegenheit.

Dem stehen die kleinen, aber aktiven Gruppen von Fundamentalisten gegenüber, die alle „Ismen“ als „ausländisch“ ablehnen und Alleingültigkeit für den Islam beanspruchen. Diese Tendenz konnte sich lange Zeit nicht gegen die Verbindung von Sozialismus und Nationalismus, gegen Nassers „Pan-Arabismus“ durchsetzen. „No East, no West – Islam is best!“ Die Frage, ob der Islam im spezifisch islamistischen Kontext Auslöser einer Entwicklung oder Mittel zum Zweck sei, läßt sich dahingehend beantworten, daß er als Instrument und Legitimation zugleich dient. Bei der seit Jahren geführten innerislamischen Diskussion über eine moderne Wirtschafts- und Sozialordnung

kann von einer einheitlichen Lehre nicht gesprochen werden. Doch steht auch hier ein gemeinsames Problem im Mittelpunkt: die Suprematie Europas und der Industrienationen. In einigen Ländern wurde versucht, einen eigenständigen Sozialismus aufzubauen, bei dem man sich mühte, seine islamische Herkunft zu rekonstruieren. Der Zeitgenosse des Propheten, Abu Dharr al-Ghifari, wurde zitiert und die Deutung des Begriffes „ishtirakiya“, Sozialismus, im Sinne seiner arabischen Wurzel als letztlich moralisch begründetes Teilhaben des Armen am Besitz des Reichen. Je weiter sich die Schere öffnet zwischen reich und arm – dünn besiedelte Ölländer mit hohem Pro-Kopf-Einkommen sowie sehr kleine, vielfach korrupte Führungseliten einerseits gegenüber in Unterentwicklung und oft unterhalb der Armutsgrenze lebenden Massen andererseits –, desto anfälliger werden diese Massen für einfache Formeln. Bei Wahlen in Jordanien traten die Muslim-Brüder mit dem Slogan „Islam ist die Lösung“ an und zogen siegreich ins Parlament ein. Bei den letztjährigen Regionalwahlen in Algerien errang die „Islamische Heilsfront“ (FIS) einen Erdrutschsieg mit ähnlichen frappierend simplen Sprüchen. Sie nutzt demokratische Formen, um ihr Ziel zu erreichen, das ein anderes ist. Ali Behadj, einer der Wortführer der FIS, spricht es offen aus: „Demokratie ist Sünde.“

Die beiden genannten Parteien sind legalisiert. Im Untergrund arbeitet eine Vielzahl von Gruppen und Parteien mit einem internationalen Netzwerk, das schwer durchschaubar ist. Ob es sich um die „Islamische Befreiungspartei“ („hisb at-tahrir al-islami“), die „Gemeinschaft der Muslime“, die „Gemeinschaft des Dschihad“ und viele andere mehr handelt, es geht ihnen um die Errichtung des Gottesstaates ihrer Vorstellung, wobei sie vor terroristischen Mitteln durchaus nicht zurückschrecken, um dem Ziel näher zu kommen. Von repressiven Regimen wie Syrien bis zur Ausrottung verfolgt – Luftangriff auf die Stadt Hama 1982 –, hat die syrische Muslim-Bruderschaft ihre Führung ins Ausland verlegt. Das „Islamische Zentrum Aachen“ war Koordinationsstelle für den syrischen Widerstand. Der Verfassungsschutz hält es für geboten, weitere Aktivitäten zu observieren. Andere Zentren radikaler Islamisten in Europa – 47 Organisationen allein innerhalb der EG-Länder – lassen nicht nur auf steigenden Einfluß extremistischer Minoritäten schließen, sondern auch auf deren großzügige Finanzausstattung. Gemäßigten Gruppen flossen Gelder aus der 1975 von Saudi-Arabien gegründeten „Islamischen Entwicklungsbank“ in Dschidda mit Zweigstelle in Genf zu.

Aufgrund der Unterstützung Saddam Husseins mußten einige dieser Gruppen, so die „Islamische Heilsfront“ Algeriens, ein Einfrieren der Zahlungen in Kauf nehmen. Die Geldgeber sitzen jetzt nicht mehr in Riad, sondern in Teheran. Die „Hisb at-tahrir“ nährt sich aus anderen Quellen, die nicht immer bekannt sind. Während des Golfkrieges erhielt diese Partei wegen ihrer antikommunistischen Haltung Unterstützung vom amerikanischen Geheimdienst¹⁾.

Der steigende Einfluß von Islamisten in arabischen Ländern bereitet deren Regimen wachsendes Un-

behagen. Dabei hat ihr Versagen, ein modernes, sozial orientiertes Staatswesen aufzubauen, das auf anderen Elementen als Armee, Geheimdienst und Unterdrückung von Meinungsfreiheit basiert, nicht unwesentlich dazu beigetragen. Die Probleme von Armut, Entwurzelung durch Landflucht sowie in manchen Ländern der Überbevölkerung summieren sich zur Hilflosigkeit der Unterprivilegierten gegenüber einer westlich-wirtschaftsorientierten, säkularen Welt. Von den politischen Führern allein gelassen, erscheinen ihnen daher die Versprechen einfacher Lösungen islamistischer und fundamentalistischer Bewegungen attraktiv.

¹⁾ Vgl. Le Point vom 27. Mai 1991.

Helmut Hubel: Die Mächte im Nahen Osten und der zweite Golfkrieg

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/91, S. 3-11

Der Beitrag beschäftigt sich mit den Auswirkungen des zweiten Golfkriegs auf die regionalen und auswärtigen Mächte im Nahen Osten. Eine Folge des Kriegs um Kuwait liegt zum einen vor allem darin, daß der territoriale Status quo ante wiederhergestellt wurde. Zweitens hat die internationale Allianz unter amerikanischer Führung mit der „gewaltsamen Abrüstung“ des Irak eine Bedrohung beseitigt, die im Grunde sämtliche Regime des Nahen Ostens betraf und die letztlich der Schlüssel für den Zusammenhalt der internationalen Koalition war. Als drittes Resultat ist festzustellen, daß sämtliche Regime – einschließlich das Saddam Husseins – den Krieg überdauerten.

Somit ist zu bezweifeln, daß der Konflikt nachhaltige Wirkungen auf die „Spielregeln“ des Nahen Ostens nach sich gezogen hat. Die irakischen Ambitionen haben die Entwicklung einer neuen Konstellation von Allianzen und Rivalitäten allerdings beschleunigt. Syriens Regime erscheint vorläufig als der größte Profiteur der Umgruppierung.

International bestätigt sich der Trend, daß die Sowjetunion vorläufig als wesentliches internationales Gegengewicht zu den USA ausgefallen ist. Für die USA ergibt sich daraus jedoch keineswegs automatisch ein größerer Einfluß in der Region. Vielmehr dürfte die amerikanische Weltmacht gezwungen sein, sich zur Wahrung ihres Einflusses sehr viel intensiver als bisher mit den regionalen Problemen auseinanderzusetzen. Dies betrifft als zentrale Fragen den Palästina-Konflikt und das Rüstungsproblem.

Volker Perthes: Abhängigkeiten und Entwicklungschancen der arabischen Welt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/91, S. 12-20

Die arabischen Staaten teilen – trotz des Ölreichtums der Region – viele der Strukturmerkmale auch anderer Länder der „Dritten Welt“. Dies gilt nicht nur für die ärmsten arabischen Staaten wie Somalia oder Sudan, sondern auch für das arabische „Mittelfeld“, Staaten wie Ägypten, Syrien, Algerien oder Irak, die zeitweise als aussichtsreiche Kandidaten beschleunigter Entwicklung betrachtet wurden, und es gilt in erstaunlichem Maße auch für die ölreichen Golfmonarchien. Gerade bei letzteren zeigen sich vielfältige Merkmale einer tiefen, strukturellen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit von den westlichen Ölimporteuren.

Die arabischen Staaten in ihrer Gesamtheit sind nicht arm an Ressourcen. „Humankapital“, Bodenschätze und landwirtschaftlich nutzbare Flächen sind allerdings sehr ungleich verteilt. Entwicklung und Überwindung der Abhängigkeit verlangen deshalb wirtschaftliche und politische Kooperation auf gesamtarabischer und auf subregionaler Ebene. Notwendig ist darüber hinaus und vor allem eine Veränderung der herrschenden politischen Strukturen in der arabischen Welt. Autoritäre Herrschaft und das Fehlen von Partizipation in den meisten arabischen Staaten werden auch von der arabischen Entwicklungstheorie mittlerweile zu den ernsthaftesten Hindernissen sowohl einer Mobilisierung der eigenen, nationalstaatlichen Ressourcen als auch effektiver Schritte in Richtung stärkerer regionaler Zusammenarbeit gerechnet.

Namo Aziz: Die Kurden. Ein Volk auf der Suche nach seiner Identität

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/91, S. 21-30

Die Kurden als drittgrößtes und ältestes Volk im Nahen Osten haben es über drei Jahrtausende hinweg nie zu einem anerkannten eigenen Staat gebracht. Die über 20 Millionen Kurden sind heute auf fünf Staaten verstreut und genießen den traurigen Ruhm eines von ständigen Verfolgungen bedrohten Volkes. Denn die jeweiligen Regierungen dieser Länder bestreiten die kulturelle und nationale Eigenständigkeit dieses Volkes, ganz zu schweigen von den immer wieder umkämpften autonomen Rechten.

Leitfaden der Geschichte dieses Volkes ist das ständige und oft erfolglose Ringen um die eigenständige kurdische Identität und Nationalität – nicht zuletzt behindert durch die in der kurdischen Stammesgesellschaft herrschenden Rivalitäten der Stammesführer. Über eine Kette von Aufständen, die von den Feldzügen Alexanders des Großen über die Siegeszüge des Islams, der Seldschuken, Osmanen, Perser, Jungtürken bis zu den britischen Kolonialherren Anfang des 20. Jahrhunderts reichen, widersetzten sie sich einer Fremdherrschaft, ließen sich aber gleichzeitig von den jeweiligen Herrschern für deren Zwecke ausnutzen.

Als das Osmanische Reich, dem der größte Teil des kurdischen Gebietes angegliedert war, nach dem Ersten Weltkrieg von den westlichen Alliierten neu aufgeteilt wurde, verpaßten die Kurden die wohl günstigste Gelegenheit zur Schaffung eines eigenen Staates. Obwohl ihnen dieser schon prinzipiell zugestanden war, verhinderte das Erstarken des türkischen Nationalstaates unter Kemal Pasha sowie die geschwächte Streikraft der Alliierten nach dem Ersten Weltkrieg eine Verwirklichung dieses Planes. Vielmehr wurde de facto die kurdische Diaspora besiegelt. In unzähligen Rebellionswellen widersetzten sich die Kurden dem Schicksal eines von den Mächten des Nahen Ostens zerriebenen Volkes – mit dem Ergebnis, daß das einst die Wiege der Menschheit bildende Volk der Kurden heute existentiell bedroht ist.

Cristina Erck: Ursprung und Entwicklung des Islam

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30-31/91, S. 31-38

In der Weite der am Rande des Weltgeschehens liegenden Arabischen Halbinsel entstand im 7. Jahrhundert als dritte der großen monotheistischen Religionen der Islam. Ähnlich dem Christentum kam es bereits früh zu Spaltungen seiner Anhänger in verschiedene Glaubensrichtungen mit jeweils unterschiedlichen Rechtsschulen. Der erste Radikalfundamentalist konnte sich im 13. Jahrhundert noch nicht durchsetzen, doch sind seine Schriften heute wieder aktuell. Reformen gab es im Islam von Anfang an, nie jedoch eine grundsätzliche „Reformation“. Der gravierendste Unterschied zum Christentum besteht in der untrennbaren Einheit von Staat und Religion.

Nicht nur den kultischen Lebensbereich und Alltag eines Muslims regelt der Koran, sondern er liefert exakte Gesetzesvorschriften. Durch den westlichen Kolonialismus wurde die islamische Welt herausgefordert, ein neues Selbstverständnis zu finden. Der Kampf um Entkolonialisierung setzt sich heute fort gegen Akkulturation und Bevormundung durch die technisch, militärisch und letztlich politisch überlegenen Industrienationen. Re-Islamisierung wird gefordert und als Lösung angeboten von kleinen militant-islamischen Gruppen, deren Anhängerschaft sich rekrutiert aus den unterprivilegierten, armen Schichten und aus Studentenkreisen, die in religiös artikulierter Opposition die einzige Möglichkeit von Widerstand gegen repressive Regime sehen.